



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Geschäftsbericht

des Bundesrates 2016

Band II

Geschäftsbericht des Bundesrates 2016 – Band II

Bundesratsbeschluss vom 15. Februar 2017

Einleitung	3
Bundeskanzlei.....	4
Departement für auswärtige Angelegenheiten	7
Departement des Innern	20
Justiz- und Polizeidepartement.....	29
Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.....	35
Finanzdepartement.....	39
Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung	46
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	53

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
ISSN: 1663-1277
Art.-Nr. 104.610.d

Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3000 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Publiziert auch im Internet: www.admin.ch

Einleitung

Nach Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG) planen die Departemente, Gruppen und Ämter ihre Tätigkeit im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates. Dabei teilen die Departemente vor Beginn des Jahres ihre Jahresziele der Bundeskanzlei mit, die sie gesamthaft dem Bundesrat zur Kenntnisnahme unterbreitet. In diesem Zusammenhang haben die Departemente sicherzustellen, dass ihre Jahresziele materiell mit den Jahreszielen des Bundesrates koordiniert sind.

Die Jahresziele der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei werden jeweils mittels eines Ziel-Massnahmenkatalogs konkretisiert. Damit wird die geeignete Grundlage für einen Soll-Ist-Vergleich auf Ende des Geschäftsjahres geschaffen. Der Zielerreichungsgrad wird wie folgt bestimmt:

<i>Realisiert:</i>	Alle Massnahmen eines Ziels sind realisiert.
<i>Überwiegend realisiert:</i>	75% und mehr der Massnahmen sind realisiert.
<i>Teilweise realisiert:</i>	25–74% der Massnahmen sind realisiert.
<i>Nicht realisiert:</i>	Weniger als 25% der Massnahmen sind realisiert.

Zeichenerklärung:

* basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2016 – Band I

Bundeskanzlei

Ziel 1: Zielgerichtete Umsetzung der Entwicklungs- und Organisationsprozesse

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Entscheide des Bundesrates zum Ausbau seiner Geschäftsführungsinstrumente, seiner Aufsichtsfunktion und seines Präsidialdienstes sind bis Ende des 3. Quartals 2016 umgesetzt.**

In Umsetzung seines Grundsatzbeschlusses vom 18. September 2015 zur Stärkung der Aufsicht mittels Ausschuss entschied der Bundesrat am 17. Februar 2016 auf Antrag der Bundeskanzlei, inskünftig jedes Jahr zu prüfen und zu entscheiden, ob er einen Aufsichtsausschuss des Bundesrates ad hoc einsetzt. Im Frühjahr 2016 führte er erstmals diese Prüfung durch und beschloss am 23. März 2016, auf die Einsetzung eines Aufsichtsausschusses für das Jahr 2016 zu verzichten. Ebenfalls prüfte der Bundesrat die Erweiterung des Projektcontrollings auf Nicht-IKT-Projekte. Am 26. Oktober 2016 beschloss er, ein Meldeverfahren für kritische Nicht-IKT-Projekte einzuführen. Die im Rahmen dieses Verfahrens eingehenden Informationen fließen in den Antrag an den Bundesrat über die Einsetzung eines Aufsichtsausschusses ein.

Der Bundesrat prüfte auch, ob und wie er das Follow-up der Bundesratsgeschäfte besser gewährleisten kann. Am 9. November 2016 beauftragte er die Generalsekretärenkonferenz, den von der Bundeskanzlei erstellten Controllingbericht zu den Bundesratsgeschäften jeweils in ihrem Kreis vorzuberaten.

Was den Präsidialdienst anbelangt, hat sich die seit Januar 2015 in der Bundeskanzlei angesiedelte diplomatische Beratung etabliert und institutionell gefestigt.

- ▶ **Die Aufgaben der Bundeskanzlei im Bereich der Krisenfrüherkennung und des Krisenmanagements sind bis Ende des 3. Quartals 2016 geklärt, und strukturelle sowie prozessuale Massnahmen sind eingeleitet.**

Die Krisenfrüherkennung hat entsprechend dem im bestehenden Konzept definierten Prozess Meldungen an die Koordinationsstelle Risikomanagement Bund des EFD gemacht. Konkret wurde auf Vorschlag der Krisenfrüherkennung die Problematik des langanhaltenden Negativzinsumfelds von den betroffenen Bundesstellen in ihre Risikobeschriebe aufgenommen. Ferner hat die Bundeskanzlei die Organisationsstruktur mit der Schaffung einer neuen Sektion so angepasst, dass im nächsten Jahr die Zusammenführung von Früherkennung und Lage- und Umfeldanalyse vollendet werden kann.

Ziel 2: Zielgerichtete und effiziente Erfüllung der Aufgaben

Realisiert

- ▶ **Das WTO-Verfahren «Abstimmungsanalysen» ist abgeschlossen und die Analyseergebnisse werden ab dem 3. Quartal 2016 auf der Basis des gewählten Produkts veröffentlicht.**

Das Verfahren ist abgeschlossen und die Analyseergebnisse werden seit dem 25. September 2016 auf der Basis des gewählten Produkts (VOTO-Studie) veröffentlicht.

- ▶ **Die Botschaft zur Legislaturplanung 2015–2019 ist verabschiedet.***
Der Bundesrat hat die Botschaft am 27. Januar 2016 verabschiedet.
- ▶ **Die Revision der Vernehmlassungsverordnung ist verabschiedet.**
Der Bundesrat hat am 11. März 2016 die revidierte Vernehmlassungsverordnung verabschiedet. Sie ist zusammen mit dem geänderten Vernehmlassungsgesetz am 1. April 2016 in Kraft getreten.
- ▶ **Der Bericht «Veröffentlichung von Gesetzen. Rechtsverbindlichkeit der konsolidierten Fassung» (in Erfüllung des Po. Schneider Schüttel 14.3319) ist verabschiedet.***
Der Bundesrat hat den Bericht am 19. Oktober 2016 verabschiedet.
- ▶ **Der Bericht «Synthese zur Demografiestrategie» (in Erfüllung des Po. Schneider-Schneiter 13.3697) ist verabschiedet.***
Der Bundesrat hat den Bericht am 9. Dezember 2016 verabschiedet.
- ▶ **Der Bericht «Politische Rechte von Auslandbürgerinnen und Auslandbürgern in verschiedenen Staaten Europas» (in Erfüllung des Po. SPK-N 14.3384) ist verabschiedet.***
Der Bundesrat hat den Bericht am 31. August 2016 verabschiedet.
- ▶ **Das Detailkonzept für die Strategische Führungsübung (SFU) 17 ist dem Bundesrat bis Ende des 3. Quartals 2016 vorgelegt.**
Der Bundesrat hat das Konzept am 22. Juni 2016 gutgeheissen.

Ziel 3: Termin- und inhaltsgerechte Umsetzung der strategischen Projekte

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Behandlung und Genehmigung des Verpflichtungskredites für GEVER-Bund ist durch das Parlament bis Ende des 1. Quartals 2016 erfolgt und die Realisierung der IT-Plattform und der Bundesstandards bis Ende 2016 abgeschlossen. Gleichzeitig sind die terminlichen, organisatorischen, finanziellen sowie technischen Voraussetzungen für die Einführung und Migration ab Januar 2017 gewährleistet.**
Der Verpflichtungskredit wurde vom Parlament im März 2016 genehmigt. Aufgrund des Beschwerdeverfahrens, das eine der unterlegenen Bewerberfirmen gegen die Auswahl des neuen Produkts anstrengte, hat das Programm eine Verzögerung von 15 Monaten erfahren. Nach Abschluss des Verfahrens wurde die Fortführung des Programms am 1. November 2016 wieder aufgenommen. Bis Anfang 2018 sollen die Vorbereitungsarbeiten (Aufbau IT-Plattformen, Bereitstellung Bundesstandard) abgeschlossen sein. Die Einführung und Migration der neuen GEVER-Lösung ActaNova ist neu zwischen Frühjahr 2018 und Frühjahr 2020 geplant.
- ▶ **Bezüglich KAV-Modernisierung ist der Primatwechsel bis zum 1. Januar 2016 realisiert und im Rahmen des Beschaffungsverfahrens für die Applikation KAVmodern der Zuschlag für die Entwicklung des Produkts bis Ende des 2. Quartals 2016 erteilt.**
Der Primatwechsel wurde auf den 1. Januar 2016 erfolgreich realisiert. Im Rahmen des Beschaffungsverfahrens wurde der Zuschlag für die Entwicklung der Anwendung im Mai 2016 erteilt.

► **Der Webauftritt der Bundeskanzlei (inkl. Intranet) ist bis Ende des 3. Quartals 2016 neu konzipiert.**

Das Projekt ist grundsätzlich im Zeitplan. Die Bundeskanzlei hat jedoch die Entscheide des Bundesrates zum Standarddienst CMS Internet und der Generalsekretärenkonferenz zum Standarddienst CMS Intranet im Juni 2016 abgewartet, was die Konzeption um einige Monate verzögerte.

► **Die Hochverfügbarkeit von www.admin.ch, News Service Bund (NSB) und Bundesrechtsportal (BRP) ist bis Ende des 3. Quartals 2016 konzipiert.**

Die Konzeption wurde termingerecht erarbeitet und liegt zum Entscheid bereit. Das weitere Vorgehen ist massgeblich von den verfügbaren finanziellen Ressourcen abhängig.

► **Die Ablösung von EXE ist bis Ende des 3. Quartals 2016 erfolgt und das Projekt EXE/BRC bis Ende 2016 abgeschlossen.**

Am 2. August 2016 wurde EXE durch die neue Applikation EXEBRC abgelöst. Das Projekt ist mit dem Schlussbericht am 12. Oktober 2016 beendet und die Projektorganisation daraufhin aufgelöst worden. Der Bundesrat hat am 9. November 2016 Kenntnis vom Abschluss des Projekts genommen.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Ziel 1: Pflege und Ausbau unserer Beziehungen zu den Nachbarstaaten mit einem besonderen Augenmerk auf die Grenzregionen und raschen, nachhaltigen Lösungen bestehender Herausforderungen

Realisiert

- ▶ **Die Schweiz hat ihre bilateralen Beziehungen zu ihren Nachbarstaaten weiter vertieft und bedarfsgerecht thematisch diversifiziert.**

Auf Stufe Bundespräsident fanden mit der deutschen Bundeskanzlerin vier Treffen statt. Ausserdem besuchte der Bundespräsident zweimal den österreichischen Bundespräsidenten und den Bundeskanzler in Wien. Auch auf Ministerstufe waren die Kontakte zu den Nachbarstaaten weiterhin eng und intensiv.

Für den EuroAirport Basel-Mülhausen konnte Ende Jahr ein Abkommen paraphiert werden, das eine dauerhafte rechtliche Regelung im Steuerbereich ermöglicht. Ausserdem wurde im September das Gesundheitsrahmenabkommen mit Frankreich unterzeichnet. In Bezug auf Italien konnte das Zusatzprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Italien in Kraft treten. Die Schweiz wurde ausserdem von zwei schwarzen Listen gestrichen.

- ▶ **Zu diesem Zweck werden verschiedene Grossereignisse wie die Eröffnung des Gotthard-Basistunnels, die Begehung des 500. Jahrestags des Friedensvertrags («Ewiger Frieden») zwischen Frankreich und der Schweiz und die Fussball-Europameisterschaft in Frankreich als Kommunikationsplattform genutzt.**

Die Eröffnung des Gotthard-Basistunnels am 1. Juni 2016 war ein Grossanlass mit internationaler Strahlkraft und einer langanhaltenden Medienpräsenz. Sämtliche Staats- oder Regierungschefs der Nachbarstaaten erschienen an der Eröffnungsfeier. Der historische Friedensvertrag zwischen der Schweiz und Frankreich von 1516 wurde im September an einem von der Schweizer Botschaft organisierten Anlass im Senat in Paris präsentiert. Im November begingen der Departementsvorsteher VBS und sein französischer Kollege im Rahmen der Feierlichkeiten zum 500. Jahrestag des Friedensvertrags einen Festakt in Freiburg. Während der Fussballeuropameisterschaft EURO 2016 bot das in Paris aufgestellte House of Switzerland eine ausgezeichnete Plattform für die Landeswerbung.

- ▶ **Die mehrjährige Zusammenarbeit mit den deutschsprachigen Ländern ist im Bereich der Berufsbildung sowie im Rahmen der OSZE verstärkt.**

Am 14. April 2016 wurde das Geberkomitee für duale Berufsbildung gegründet. Dies bildet den vorläufigen Höhepunkt in der Zusammenarbeit der deutschsprachigen Länder im Bereich Berufsbildung. Im Rahmen der OSZE ist die Zusammenarbeit mit den deutschsprachigen Ländern v.a. in den Bereichen der wirtschaftlichen Konnektivität und der konventionellen Rüstungskontrolle verstärkt worden.

Ziel 2: Erneuerung und Vertiefung unserer Beziehungen zur Europäischen Union unter langfristiger Wahrung unseres politischen Handlungsspielraums und unserer wirtschaftlichen Interessen

Teilweise realisiert

► **Gemeinsam mit der EU wurde eine Lösung für das Freizügigkeitsabkommen gefunden.***

Die Konsultationen mit der EU für eine Lösung im Bereich Personenfreizügigkeit wurden intensiv fortgesetzt. Die Schweiz stand mit der EU auf verschiedenen Arbeitsstufen in engem Kontakt. Die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, aus der EU auszutreten, erschwerte die Gespräche. Eine einvernehmliche Lösung mit der EU konnte in dieser Berichtsperiode daher nicht erreicht werden. Hingegen konnten durch das FZA-kompatible Umsetzungsgesetz zu Art. 121a BV eine Lösung gefunden und somit das Protokoll III (Kroatien) ratifiziert werden.

► **Die Botschaft über ein institutionelles Abkommen zwischen der Schweiz und der EU ist verabschiedet.***

Die Umsetzung von Artikel 121a BV hatte gegenüber den institutionellen Verhandlungen Priorität. Die Verhandlungen über das institutionelle Abkommen wurden jedoch fortgeführt. Die fünfzehnte Verhandlungsrunde fand Ende Juli statt. Während in den meisten Verhandlungsbereichen (namentlich im Bereich der Rechtsübernahme, der Rechtsauslegung und der Überwachung) Fortschritte erzielt wurden, bleiben zwei zentrale Punkte im Bereich der Streitbeilegung offen: die Kognition des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) und die letzten Konsequenzen im Fall von ungelösten Meinungsverschiedenheiten zwischen der Schweiz und der EU. Die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, aus der EU auszutreten, erschwerte die Verhandlungen.

► **Ein Grundsatzentscheid über den Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der EU ist getroffen.***

In Themenbereichen, die wichtig sind für einen Grundsatzentscheid über eine mögliche Erneuerung des Schweizer Erweiterungsbeitrags, wurden erst im Dezember 2016 entscheidende Fortschritte erzielt (FZA-kompatible Lösung zur Umsetzung von Art. 121a BV und Vollassozierung am Forschungsprogramm «Horizon 2020»). Der Grundsatzentscheid des Bundesrates hängt von der weiteren Entwicklung des Gesamtkontextes der Beziehungen Schweiz-EU ab.

► **Die Verhandlungen zur Assoziation der Schweiz an das EU-Rahmenprogramm «Creative Europe» sind abgeschlossen.***

Die Verhandlungen wurden weitergeführt, aber noch nicht abgeschlossen. Es verbleiben einige offene Punkte: unter anderem die Bedingungen für eine vorläufige Anwendung des Abkommens, insbesondere im Zusammenhang mit der Übernahme der Richtlinie Audiovisuelle Mediendienste.

► **Die weitere Teilnahme der Schweiz an den EU-Rahmenabkommen im Bereich Bildung und Forschung ist festgelegt.***

Infolge der FZA-kompatiblen Umsetzung von Art. 121a BV konnte das Protokoll zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien ratifiziert und damit die Vollassozierung an «Horizon 2020» ab 1. Januar 2017 erreicht werden. Die Verhandlungen für eine Beteiligung am Bildungs- und Jugendprogramm «Erasmus+» konnten nicht wiederaufgenommen werden. Die EU hat die Wiederaufnahme von Verhandlungen von einer Lösung im Bereich der Personenfreizügigkeit und deren Ausdehnung auf Kroatien abhängig gemacht. Dementsprechend wurden die bestehenden internen Übergangsmassnahmen für Schweizer Teilnehmende um ein weiteres Jahr verlängert.

► **Ein Entscheid über allfällige weitere Schritte im Hinblick auf ein mögliches Finanzdienstleistungsabkommen mit der EU ist getroffen.***

Die Interessenslage hinsichtlich eines Finanzdienstleistungsabkommens für die Schweiz wurde vertieft geprüft, und der Bundesrat wurde am 19. Oktober 2016 über den Stand der Arbeiten zur Wahrung und Verbesserung des Marktzugangs ins Ausland informiert. In seinem Bericht über die Finanzmarktpolitik hat der Bundesrat gleichentags die weitere Stossrichtung bezüglich Marktzugang festgelegt. Für den Erhalt und die Verbesserung des Marktzugangs in Europa sollen vorderhand bilaterale Verhandlungen mit wichtigen Partnerländern sowie die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Schweizer Regulierung und Aufsicht durch die EU priorisiert werden.

► **Ein Entscheid über die Aufnahme von Verhandlungen über ein Rahmenabkommen zur Teilnahme der Schweiz an Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU ist getroffen.***

Der Bundesrat hat beschlossen, bei allfälligen Verhandlungen zu diesem Thema den Abschluss eines spezifischen Abkommens über die zivilen Beiträge zu solchen Operationen in Betracht zu ziehen. Die Verhandlungen mit der EU über ad-hoc-Abkommen zur Beteiligung der Schweiz mit Experten an der zivilen Unterstützungsmission der EU für die internen Sicherheitskräfte in Mali (EUCAP Sahel Mali) sowie an der zivilen Beratermission der EU zur Reform des zivilen Sicherheitssektors in der Ukraine (EUAM) wurden erfolgreich abgeschlossen und Experten entsandt.

► **Die Botschaft über die Teilnahme der Schweiz am Fonds für die innere Sicherheit (ISF) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 3. Juni 2016 verabschiedet.

► **Die Verhandlungen über die Teilnahme der Schweiz an der Prüm-Zusammenarbeit sowie betreffend den Zugang der Strafverfolgungsbehörden zur Datenbank EURODAC sind abgeschlossen.***

Die Verhandlungen mit der EU-Kommission zur Verstärkung und Vereinfachung der Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden der EU-Mitgliedstaaten (Prüm) konnten nicht abgeschlossen werden, da die EU-Kommission der Schweiz bislang noch keinen Vertragsentwurf vorgelegt hat. Die Verhandlungen für einen Zugang der Schweizer Strafverfolgungsbehörden auf EURODAC hingegen sind weit fortgeschritten, aber noch nicht abgeschlossen.

► **Die Botschaft zum Stromabkommen mit der EU ist nach Möglichkeit verabschiedet.***

Die Verhandlungen wurden vonseiten der EU sistiert. Entscheidend für den Verlauf und den Abschluss der Stromverhandlungen sind, neben den verbleibenden inhaltlichen Fragen, die weiteren Entwicklungen im Bereich der Personenfreizügigkeit und der Verlauf der Verhandlungen für ein institutionelles Abkommen.

► **Die Botschaft zur Genehmigung des bilateralen Abkommens mit der EU über die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme ist nach Möglichkeit verabschiedet.***

Die Verhandlungen konnten abgeschlossen werden und die beiden Parteien haben den Vertrag im Januar paraphiert. Das Abkommen konnte nicht unterzeichnet werden, da die EU erklärte, dass ihre Unterschrift von der (bis Ende Wintersession offen gebliebenen) Lösung der Frage der Personenfreizügigkeit abhänge. Dementsprechend konnte auch keine Botschaft verabschiedet werden.

Ziel 3: Fortsetzung und Anpassung des Engagements der Schweiz zugunsten der Stabilität in Europa, in Grenzregionen zu Europa («entferntere Nachbarschaft») und in der übrigen Welt

Überwiegend realisiert

Völkerrecht

► **Die Schweiz hat sich für eine wirksame Umsetzung der Beschlüsse der 32. Internationalen Konferenz vom Roten Kreuz und Roten Halbmond, namentlich betreffend die Stärkung der Einhaltung des humanitären Völkerrechts, eingesetzt.**

Die Schweiz setzte gemeinsam mit dem IKRK ihre Vermittlertätigkeit für die Errichtung eines zwischenstaatlichen Forums für das humanitäre Völkerrecht fort. Sie hat sich zudem aktiv an der Umsetzung der Resolution 1 der Internationalen Konferenz des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes betreffend den Schutz von inhafitierten Personen in bewaffneten Konflikten beteiligt.

► **Die Schweiz setzt ihren Kampf gegen die Korruption um, namentlich basierend auf den im Tätigkeitsbericht der Interdepartementalen Arbeitsgruppe zur Korruptionsbekämpfung (IDAG Korruptionsbekämpfung) 2011–2013 enthaltenen Empfehlungen.**

Dieses Jahr konnten insbesondere drei der insgesamt 17 Empfehlungen der IDAG-Kerngruppe vollständig umgesetzt werden. Beispielweise wurde eine Liste der verfügbaren Meldestellen zur Korruptionsbekämpfung in den verschiedenen Ländern auf der Internetseite des EDA und des SECO veröffentlicht. Weiter wurde das E-Learning-Modul «Korruptionsprävention und Verhaltenskodex» ausgebaut und für einen Teil der Mitarbeitenden obligatorisch erklärt.

- ▶ **Im Bereich der Terrorismus-Bekämpfung unterstützt der Bundesrat die Massnahmen der UNO für eine umfassende und ausgewogene Umsetzung ihrer globalen Anti-Terrorismus-Strategie und des Aktionsplans zur Verhinderung des gewalttätigen Extremismus. Im Rahmen des «Global Counterterrorism Forum» (GCTF) setzt sich der Bundesrat für die Erarbeitung und Weiterentwicklung von Empfehlungen und Richtlinien ein, die ein koordiniertes internationales Vorgehen bei der Prävention von gewalttätigem Extremismus, dem Kampf gegen die Rekrutierung von Terroristen sowie bei der strafrechtlichen Verfolgung von terroristischen Verbrechen erleichtern.**

Am 7. und 8. April 2016 hat die Schweiz gemeinsam mit der UNO in Genf eine internationale Konferenz zur Prävention von gewalttätigem Extremismus durchgeführt. Dabei wurde der aussenpolitische Aktionsplan der Schweiz zur Prävention von gewalttätigem Extremismus präsentiert. Die drei Schwerpunkte des Aktionsplans sind die Jugendlichen sowie die Rolle der Frauen und des internationalen Genf. Am Ministertreffen «Global Counterterrorism Forum» (GCTF) vom 21. September 2016 haben die 29 Mitgliedstaaten und die Europäische Union das von der Schweiz initiierte «Neuenburger Memorandum über gute Praktiken der Jugendstrafjustiz im Kontext der Terrorismusbekämpfung» verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat unterstützt weiter den «Global Community Engagement and Resilience Fund» (GCERF) in Genf, der an der Schnittstelle von Entwicklungszusammenarbeit, Konfliktprävention und Friedensförderung die Widerstandskraft der lokalen Bevölkerung in Ländern stärkt, die von gewalttätigen Radikalisierungstendenzen bedroht sind.**

Die Schweiz hat im Jahre 2016 Projekte, die durch den «Global Community Engagement and Resilience Fund» (GCERF) finanziert werden, sowie dessen Sekretariat mit mehr als einer Million Schweizer Franken unterstützt. Im Berichtsjahr wurden GCERF-finanzierte Projekte in Bangladesch, Mali und Nigeria gestartet. Am 20. September 2016 hat die Schweiz in New York eine hochrangige Sitzung zur weiteren Unterstützung des GCERF durchgeführt.

Internationale Zusammenarbeit

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Internationalen Zusammenarbeit (IZA) 2017–2020 mit fünf Rahmenkrediten und der Gesetzesvorlage über die Weiterführung des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas verabschiedet.***

Die Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 wurde vom Bundesrat am 17. Februar 2016 verabschiedet. Erstmals ist die zivile Friedensförderung in dieser Strategie eingebunden.

- ▶ **In der IZA-Botschaft 2017–2020 definiert der Bundesrat die Strategie und die institutionellen Erfordernisse zur Umsetzung der neuen universellen Ziele der «Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung» und nimmt die Umsetzung der IZA-Botschaft 2013–2016 in Form eines Rechenschaftsberichts zur Kenntnis.**

Die universelle Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bildet einen wichtigen Bezugsrahmen für die internationale Zusammenarbeit der Schweiz. Die Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit der Schweiz 2017–2020 richtet sich deshalb stark an der Agenda 2030 aus und legt die Ziele der Schweiz zur Umsetzung der Agenda 2030 mit und in den Partnerländern der internationalen Zusammenarbeit fest. In der IZA-Botschaft 2017–2020 hat der Bundesrat zudem die Umsetzung der IZA-Botschaft 2013–2016 in Form eines Rechenschaftsberichts zur Kenntnis genommen.

- ▶ **Der Bundesrat hat über mehrjährige Finanzierungsbeiträge zur Festigung des schweizerischen Engagements beim Programm der Vereinten Nationen zu HIV/AIDS (UNAIDS), der Agentur der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Beratungsgruppe für Internationale Agrarforschung (CGIAR), über die Wiederauffüllung des konzessionären Fensters der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) sowie des Asiatischen Entwicklungsfonds (ADF) befunden. Er hat den Beitritt der Schweiz zur Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) angestrebt.***

Der Bundesrat hat über mehrjährige Finanzierungsbeiträge zur Festigung des schweizerischen Engagements bei UNAIDS, UNRWA, der WHO und CGIAR befunden. Die Wiederauffüllungsverhandlungen des Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfDF), des Asiatischen Entwicklungsfonds (AsDF) sowie der IDA wurden erfolgreich geführt und abgeschlossen.

Der Bundesrat hatte 2015 entschieden, am Gründungsprozess der AIIB teilzunehmen. Am 25. April 2016 hat die Schweiz die Ratifikationsurkunde hinterlegt und damit den Beitritt zur AIIB formell vollzogen. Dank der raschen Ratifikation konnte die Schweiz von Anfang an am Aufbauprozess der Bank teilnehmen und sich in die Erarbeitung der Grundlagen und Strategien aktiv einbringen. Dabei setzte sie sich insbesondere dafür ein, dass die AIIB sich im Bereich der erneuerbaren Energien engagiert und in ihre Projekten Massnahmen zum Schutz der Umwelt sowie der betroffenen Bevölkerung einschliesst.

- ▶ **Der Bundesrat hat die departementsübergreifende Kooperationsstrategie der Schweiz für Nordafrika zur Kenntnis genommen.***

Die Kooperationsstrategie 2017–2020 für Nordafrika wurde von den betroffenen Bundesstellen (DEZA, SECO, SEM, AMON, AMS) ausgearbeitet und wird dem Bundesrat demnächst vorgelegt. Sie ist massgebend für die Schweizer Zusammenarbeit in Ägypten, Libyen, Tunesien, Algerien und Marokko im Zeitraum 2017–2020.

- ▶ **Der Bundesrat hat den dritten Bericht zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Grundlagenbericht Rohstoffe gutheissen.***

Der Bundesrat hat am 2. Dezember 2016 den dritten Bericht zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Grundlagenbericht Rohstoffe gutheissen.

Sicherheitspolitik und strategische Partnerschaften

- ▶ **Der Bundesrat hat seine aussenpolitische Strategie 2016–2019 verabschiedet und setzt diese um. Darin legt er unter anderem das umfassende Engagement der Schweiz im Bereich Frieden und Sicherheit fest. In der Bekämpfung aller Arten von Kriminalität unter Einschluss von Terrorismus und von Menschenhandel und in der Bewältigung von Cyber-Risiken setzt der Bundesrat einen weiteren Schwerpunkt. Auch die Schweizer Kandidatur für eine nichtständige Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat für 2023–2024 reiht sich in dieses umfassende Engagement ein.***

Der Bundesrat hat am 17. Februar 2016 die aussenpolitische Strategie 2016–2019 verabschiedet. Diese umfasst die vier Schwerpunkte EU und EFTA-Staaten, globale Partner, Frieden und Sicherheit sowie nachhaltige Entwicklung und Wohlstand.

- ▶ **In enger Zusammenarbeit mit den künftigen Präsidentschaften der OSZE – Deutschland (2016) und Österreich (2017) – engagiert sich die Schweiz weiter für eine Stärkung der OSZE und für ein Nachdenken über die Zukunft der Sicherheit in Europa. Die Schweiz leistet dabei auch gezielte Beiträge zur Stärkung der Beobachtermissionen der OSZE, namentlich in der Ostukraine.***

Die Schweiz hat sich auch 2016 aktiv und auf hoher politischer Ebene für einen Dialog zur europäischen Sicherheit eingesetzt. Sie unterstützt den Vorsitz personell und inhaltlich und hat dem OSZE-Sekretariat personelle und finanzielle Ressourcen für eine Nachbearbeitung des Schlussberichts des während des Schweizer Vorsitzes geschaffenen «Panel of Eminent Persons on European Security as a Common Project» zur Verfügung gestellt. Auf Expertenstufe unterstützt sie zudem zwei Folgeprojekte dieses Panels.

In Bezug auf den Konflikt in der Ostukraine unterstützt die Schweiz die Trilaterale Kontaktgruppe der OSZE mit Experten und ad-hoc-Expertise: Sie stellt u.a. den Koordinator der Arbeitsgruppe Humanitäres. Zudem unterstützt sie die Beobachtermission der OSZE in der Ukraine mit Personal.

- ▶ **Die Schweiz leistet einen Beitrag im UNO-Friedensprozess zugunsten einer politischen Lösung in Syrien.**

Die Schweiz hat dem UNO-Sondergesandten für Syrien Experten zur Verfügung gestellt. Zudem hat sie die Friedensbemühungen im Rahmen ihrer guten Dienste als Gaststaat unterstützt. Die Schweiz organisierte im Februar, März und April 2016 drei Runden des von der UNO vermittelten innersyrischen Dialogs, der wichtigsten multilateralen Friedensinitiative zu Syrien. Auch die bilateralen Syriengespräche zwischen den USA und Russland fanden in der Schweiz statt. Höhepunkte waren die Unterzeichnung des Genfer Abkommens vom 9. September 2016 und die Konferenz von Lausanne am 15. Oktober 2016, an der auch die regionalen Mächte teilnahmen. Das EDA organisierte und unterstützte rund zwanzig Treffen zwischen sozio-politischen Entscheidungsträgern Syriens.

- ▶ **Die Schweiz hat ihre strategischen Partnerschaften in Afrika (u.a. mittels Formalisierung der Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union), Asien (namentlich mittels Unterstützung im Kampf gegen staatsübergreifende Bedrohungen und Cyber-Risiken) und Amerika vertieft. Nach dem Abschluss des Abkommens vom 14. Juli 2015 über das iranische Atomprogramm definiert und bestimmt die Schweiz ihre politische Strategie gegenüber dem Iran unter Einbezug einer regionalen Perspektive.**

Der konstruktive bilaterale Austausch mit den USA zu verschiedenen Themen gemeinsamen Interesses wurde fortgesetzt (z.B. Berufsbildung, PVE, Iranmandat). Mit Brasilien wurden die jährlichen politischen Konsultationen auf Stufe Staatssekretär durchgeführt, und Bundespräsident Schneider-Ammann absolvierte einen Arbeitsbesuch in Brasilia. Das Generalsekretariat von CARICOM informierte das EDA am 28. Juli 2016, dass die 15 Mitgliedstaaten dem Gesuch der Schweiz, als Beobachterin einen Botschafter zu akkreditieren, zustimmen. Mit dieser Akkreditierung bei CARICOM wird eine Vorgabe der Aussenpolitischen Strategie 2016–2019 umgesetzt. Die Kooperation mit der Pazifikallianz wurde in verschiedenen Bereichen konkretisiert (z.B. Berufsbildung). Ebenfalls entsprechend der Aussenpolitischen Strategie 2016–2019 wurden die Beziehungen mit G20-Staaten wie namentlich Kanada und Argentinien dynamisiert und intensiviert.

Um die Zusammenarbeit mit Partnern in Asien zu stärken, hat die Schweiz eine «Innovative Strategische Partnerschaft» mit China vereinbart. Seit Ende 2016 ist ein neues Generalkonsulat der Schweiz in Chengdu (China) operativ. Im Bereich Cyber-Sicherheit führte die Schweiz im Mai und November 2016 zusammen mit anderen europäischen Staaten Gespräche mit China im Rahmen des Sino-European Cyber Dialogs. Zudem wurde mit China vereinbart, zukünftig in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe Völkerrechtsfragen im Cyber-Raum zu diskutieren. Schliesslich war die Schweiz Hauptpartnerin der «CyFy: The Indian Conference on Cybersecurity and Internet Governance» von September 2016 in New Delhi. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und Indien konnten nach zweieinhalbjähriger Pause wieder aufgenommen werden. Bei der Vereinigung Südostasiatischer Staaten (ASEAN) hat die Schweiz den Status eines sektoriellen Dialogpartners erhalten.

In Bezug auf den afrikanischen Kontinent wurden insbesondere mit Südafrika, Nigeria, mit Eritrea, mit Burkina Faso und Mali sowie mit Namibia und Äthiopien und schliesslich mit Tansania intensive Kontakte gepflegt. Themen waren u.a. Migrationsfragen, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Menschenrechtsfragen, Doppelbesteuerung, Potentatengelder oder internationale Rechtshilfe. Mit Nigeria wurde ein MoU unterzeichnet, das den bilateralen Dialog in den Bereichen Migration, internationale Politik und Menschenrechte strukturieren soll. Zudem wurde im März das Schweizer Generalkonsulat in Lagos eröffnet. Zu Eritrea gab es verschiedene Sitzungen und Missionen. Ziel war es, die Bereitschaft der eritreischen Regierung zur Zusammenarbeit auszuloten und das Engagement besser mit den übrigen Staaten und den internationalen Organisationen zu koordinieren. Auf multilateraler Ebene unterzeichneten die Schweiz und die Kommission der Afrikanischen Union (AU) eine Absichtserklärung im Hinblick auf die geplante Zusammenarbeit für Frieden, Sicherheit, Völkerrecht und Menschenrechte. Schliesslich traf der Bundespräsident während des 16. Frankophoniegipfels mehrere Staats- und Regierungschefs afrikanischer Länder. Am Gipfel wurden zwei von der Schweiz initiierte Resolutionen verabschiedet: eine zur Prävention von gewalttätigem Extremismus und eine zum Themenkreis «Wasser, Frieden und Sicherheit».

Im Rahmen des Präsidialbesuchs in Teheran konnte Ende Februar eine Road Map zur Vertiefung der bilateralen Beziehungen verabschiedet werden. Diese strukturiert die künftige bilaterale Zusammenarbeit, definiert konkrete Ziele und sieht Dialogformate in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen, Justiz, Menschenrechte und Sicherheitspolitik vor, die im laufenden Jahr bereits institutionalisiert werden können.

Die Beziehungen mit Tunesien wurden weiter vertieft und intensiviert. Die Schweiz begrüsste die Absicht Tunesiens, die Demokratisierung und die Reformen voranzutreiben, und die Zusicherung, dabei die Menschenrechte und präventiven Aspekte der Terrorismusbekämpfung zu beachten und die Verfahren zur Identifikation tunesischer Staatsangehöriger im Ausland zu verbessern.

► **Der Bundesrat hat den Bericht über die Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik der Schweiz 2016 verabschiedet.***

Aufgrund mehrerer wegweisender Konferenzen und weiterer wichtiger Aktivitäten im Abrüstungsbereich, die Ende 2016 noch anstanden, hat es sich aufgedrängt, die Veröffentlichung des Berichts zu verschieben.

- ▶ **Von 2016–2018 nimmt die Schweiz Einsitz im Exekutivrat der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OPCW) und tritt für eine Stärkung des Chemiewaffenübereinkommens ein.***

Die Schweiz ist seit Mai 2016 im Exekutivrat der OPCW vertreten. Im Lichte des wiederholten Chemiewaffeneinsatzes während des Konflikts in Syrien engagierte sich die Schweiz für die Glaubwürdigkeit der internationalen Norm gegen Chemiewaffen und für eine Stärkung der OPCW. Die Schweiz setzte sich auch für die umfassende nationale Implementierung des Chemiewaffenübereinkommens in allen Vertragsstaaten ein.

- ▶ **An der Überprüfungskonferenz des UNO-Abkommens über bestimmte konventionelle Waffen (CCW) hat sich der Bundesrat dafür engagiert, dass Herausforderungen von neuen technischen Entwicklungen im Waffenbereich thematisiert werden.***

Die Schweiz hat Vorschläge zum Umgang mit den Auswirkungen wissenschaftlicher und technologischer Entwicklungen eingereicht, um die Bedeutung und Integrität der Konvention zu bewahren und diese für künftige Gespräche und Verhandlungen über noch nicht regulierte oder neu aufkommende konventionelle Waffen(-technologien) zu positionieren, namentlich in Bezug auf die Einhaltung des Humanitären Völkerrechts angesichts der Entwicklung von autonomen Waffensystemen.

- ▶ **Die Schweiz hat die Einrichtung des ständigen Sekretariats der für die Regulierung des Waffenhandels und für die Unterbindung des illegalen Handels zuständigen Organisation in Genf unterstützt, so wie dies von der Konferenz der Vertragsstaaten des Vertrags über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty, ATT) beschlossen wurde.**

Der Vorsteher EDA unterzeichnete am 13. Juni 2016 das Sitz- und das Administrativabkommen zwischen der Schweiz und dem ATT-Sekretariat, womit die erforderlichen Voraussetzungen für dessen Ansiedlung und Einrichtung in Genf geschaffen wurden.

- ▶ **Der Bundesrat arbeitet im Rahmen der internationalen Exportkontrollregimes auf eine kriterienbasierte, nicht-diskriminatorische Mitgliedschaftspolitik hin.***

In der Exportkontrollgruppe der Nuklearlieferländer (NSG) hat sich der Bundesrat für eine Mitgliedschaft Indiens ausgesprochen. Er hat sich dafür eingesetzt, dass das Aufnahmeverfahren auf der Basis von Kriterien erfolgt, die einen Mehrwert für die globale Non-Proliferationsarchitektur darstellen und auch für weitere potentielle Kandidatenländer gelten.

Ziel 4: **Engagement für eine bessere globale Gouvernanz mit Fokus auf Themen, in denen die Schweiz über ein besonderes Knowhow verfügt, sowie konsequente Förderung von Genf als Standort für internationale Organisationen und Veranstaltungen**

Überwiegend realisiert

Engagement für eine bessere globale Gouvernanz

- ▶ **Fortsetzung der Schweizer Initiativen zur Reform der UNO (UNO-Friedensarchitektur allgemein, Arbeitsmethoden des Sicherheitsrats, Modernisierung der UNO-Verwaltung). Namentlich die Schweizer Initiative zur Erhöhung der Rechtsstaatlichkeit und für transparentere Verfahren beim Erlass und der Überprüfung von UNO-Sanktionen wurde fortgesetzt.**

Die Schweiz unterstützte verschiedene Initiativen des Generalsekretärs für die Verwaltungsreform, insbesondere bezüglich Restrukturierung der Sekretariatsdienste. Im Bereich Frieden und Sicherheit lag der Fokus 2016 auf der Überprüfung der UNO-Architektur für Friedenskonsolidierung, wo sich die Schweiz unter anderem für mehr Konfliktprävention einzusetzen. Außerdem lancierte die Schweiz zum 10-jährigen Bestehen des Menschenrechtsrats den Appel vom 13. Juni 2016, mit dem die Mitgliedsstaaten zu einer besseren Berücksichtigung der Menschenrechte in der Konfliktprävention aufgerufen werden. Hinsichtlich der Verbesserung der Arbeitsmethoden des Sicherheitsrats unterstützte die Schweiz insbesondere Initiativen zum freiwilligen Verzicht auf das Vetorecht und zur Erhöhung der Transparenz bei der Ernennung des neuen Generalsekretärs.

Zusammen mit einer Gruppe gleichgesinnter Staaten hat die Schweiz darauf hingewirkt, dass im Rahmen der gezielten Sanktionen des UNO-Sicherheitsrates die Verfahrensrechte der von den Sanktionen betroffenen Personen und Organisationen besser eingehalten werden.

Schweiz als Gaststaat

- ▶ **Die in der Botschaft über Massnahmen zur Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat aufgeführten Massnahmen (Einrichtung von Plattformen, Universalität der Präsenz der ständigen Missionen in Genf, usw.) werden weiter umgesetzt und weiterentwickelt.**

Die Umsetzung der Strategie zur Stärkung der Schweizer Gaststaatpolitik wurde weitergeführt. Konkrete Fortschritte wurden vor allem bei der Unterstützung der NGO, der Errichtung von Kooperationsplattformen (humanitäre Hilfe und Abrüstung), der Eröffnung neuer ständiger Missionen (Guyana), beim regelmässigen Austausch mit den Gastkantonen und bei zahlreichen Projekten im Kommunikationsbereich erzielt. Bei letzterem wurde namentlich das «Perception Change Project» der UNO unterstützt.

- ▶ **Drei Botschaften über die Gewährung von Darlehen zur Finanzierung von Bau- und Renovierungsarbeiten am Palais des Nations der UNO (Strategic Heritage Plan), eines Neubaus für die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Renovierung des Sitzgebäudes der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) sind verabschiedet.***

Am 24. Februar 2016 genehmigte der Bundesrat zuhanden des Parlaments eine Botschaft über die Gewährung von Darlehen in Höhe von insgesamt 438,4 Millionen Franken für die Immobilienprojekte von drei internationalen Organisationen, d.h. Organisation der Vereinten Nationen (UNO / Palais des Nations), Weltgesundheitsorganisation (WHO) und Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Am 20. April 2016 verabschiedete er die Botschaft über die Gewährung eines Darlehens in Höhe von 9,9 Millionen Franken an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK). Schliesslich genehmigte der Bundesrat am 24. August 2016 ein Darlehen von 12 Millionen Franken an die Internationale Fernmeldeunion (ITU) zur Finanzierung der Vorarbeiten im Hinblick auf den Abriss und den Neubau eines Gebäudes am Sitz der ITU.

Menschenrechte

- ▶ **Die Schweiz kandidiert für einen neuerlichen Sitz im Menschenrechtsrat 2016–2018.***

Die Schweiz wurde am 28. Oktober 2015 von der UNO-Generalversammlung in den UNO-Menschenrechtsrat gewählt (2016–2018).

- ▶ **Im Rahmen der Umsetzung der Menschenrechtsstrategie des EDA von 2015 ist ein Aktionsplan gegen Folter entwickelt, und für die künftige Schaffung eines internationalen Zentrums für Vergangenheitsarbeit und Prävention von Gräueltaten wurde ein Unterstützungsbüro eingerichtet.**

Die Arbeiten an einem aussenpolitischen Aktionsplan gegen Folter sind begonnen worden und weit fortgeschritten. Das Büro für das Zentrum für Vergangenheitsarbeit und Prävention von Gräueltaten wurde noch nicht geschaffen.

- ▶ **Die Schweiz hat im dritten Ausschuss der UNO-Generalversammlung die erste Resolution zur Prävention von Massenverbrechen und zur Förderung der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Wiedergutmachung und der Garantie für Nichtwiederholung initiiert.**

An der 33. Tagung des Menschenrechtsrats in Genf reichte die Schweiz zusammen mit Argentinien und Marokko die Resolution «Menschenrechte und Übergangsjustiz» ein, die von 65 Staaten mitunterzeichnet wurde. Darin wird die UNO aufgefordert, eine Studie über die Zusammenhänge zwischen Vergangenheitsarbeit und Prävention von Gräueltaten zu erstellen.

- ▶ **Mit dem Maison de la Paix in Genf, wo das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP), das Genfer Internationale Zentrum für Humanitäre Minenräumung (GICHD) und das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) zusammengeführt sind, stärkt die Schweiz ihre Kompetenz in der Friedens- und Sicherheitspolitik.**

Die Zentren arbeiten seit ihrer Zusammenführung enger zusammen und schaffen durch gemeinsame Projekte neue Synergien, wie in den Bereichen des Ziels 16 der Agenda 2030, der humanitären Abrüstung und der Prävention von gewalttätigem Extremismus (PVE).

- ▶ **Das EDA verabschiedet seine Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter und zur Förderung der Menschenrechte von Frauen. Zudem fördert die Schweiz das Monitoring über die Umsetzung der Resolution des UNO-Sicherheitsrates 1325 (Frauen, Frieden und Sicherheit) durch den Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW).**

Die Strategie des EDA zur Gleichstellung der Geschlechter und zur Förderung der Menschenrechte von Frauen (2017–2020) wurde erstellt. Die Schweiz hat am 5. Dezember 2016 mit Unterstützung des Sicherheitsratsmitglieds Uruguay im UNO-Sicherheitsrat ein informelles Treffen (sog. «Arria Formula Meeting») zur Verbesserung der Rechte der Frau durchgeführt. Das Ziel dieses Treffens war die Stärkung der Verbindung zwischen dem UNO-Sicherheitsrat und dem Ausschuss gegen Frauendiskriminierung (CEDAW) in Genf.

Ziel 5: Ausbau der Unterstützung von Schweizer Staatsangehörigen, die im Ausland wohnen, reisen oder im Ausland in Not geraten sind sowie gezielte Gefahrenprävention

Realisiert

- ▶ **Das EDA betreibt gezielte Gefahrenprävention und wirkt auf die Bekanntheit und Nutzung seiner Reisehinweise hin, wobei es auch ein breites Publikum über die Möglichkeiten und Grenzen, für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland Unterstützung zu leisten, informiert. Im Bedarfsfall unterstützt das EDA Schweizerinnen und Schweizer im Ausland effizient und unkompliziert.**

Das Krisenmanagement-Zentrum (KMZ) des EDA hat im Jahr 2016 gezielte Gefahrenprävention geleistet: Interviews mit Medienschaffenden unter anderem zu den EDA-Reisehinweisen zielten auf eine Information der breiten Öffentlichkeit ab. Ein Treffen mit den Verbänden der Reisebranche sensibilisierte für die Möglichkeiten und Grenzen, Schweizer Staatsangehörige im Ausland in Krisenlagen zu unterstützen.

Das KMZ hat im Jahr 2016 rund 60 Krisen im Ausland bearbeitet (2015: 50 Krisen) und zusammen mit den Schweizer Vertretungen vor Ort betroffene Schweizer Staatsangehörige effizient und unkompliziert unterstützt.

- ▶ **Das neue Auslandschweizergesetz ist umgesetzt, und die hohe Dienstleistungsqualität für die wachsende Zahl von Auslandschweizern und Auslandschweizerinnen wird namentlich unter Etablierung von Online-Lösungen sowie durch weitere mobile Passstationen sichergestellt.**

Im Rahmen des Projekts eGov KDL wurde im Juni 2016 ein modernes und bürgerliches Auslandschweizerregister (eVERA) eingeführt. Das neue Web-basierte Online-Portal für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer ermöglicht es den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern, konsularische Dienstleistungen seit Oktober 2016 über den Online-Schalter abzuwickeln sowie ihre Daten im Online-Schalter selbstständig zu aktualisieren.

Um längere Anreisewege bei Geschäftsfällen, welche eine persönliche Vorsprache zwingend erfordern, dennoch zu vermeiden, setzt das EDA inzwischen weltweit zehn mobile Passstationen ein.

Ziel 6: Realisation von Massnahmen für eine erfolgreiche Umsetzung der «Strategie Landeskommunikation 2012–2015»

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die «Strategie Landeskommunikation 2016–2019» verabschiedet.***

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 6. Juli 2016 die «Strategie Landeskommunikation 2016–2019» gutgeheissen.

- ▶ **Der Bundesrat hat im Grundsatz über eine Teilnahme der Schweiz an der Weltausstellung Typ A «Dubai 2020» entschieden.***

An seiner Sitzung vom 13. April 2016 hat der Bundesrat beschlossen, dass die Schweiz an der Weltausstellung 2020 in Dubai zum Thema «Connecting Minds, Creating the Future» teilnehmen wird.

Departement des Innern

Ziel 1: Erhöhung des Gesundheitsschutzes, Förderung der Lebensqualität und Stärkung der Chancengleichheit

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG) ist ausgewertet. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.***

Der Bundesrat hat am 17. Februar 2016 vom Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden. Er hat das Eidgenössische Departement des Innern beauftragt, bis im Frühling 2017 einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten.

- ▶ **Die «Nationale Strategie zur Prävention von nichtübertragbaren Krankheiten» ist im ersten Quartal 2016 verabschiedet. Sie fokussiert auf die Förderung eines gesunden Lebensstils und die Stärkung der gesundheitlichen Lebensbedingungen und bildet die Grundlage für die Erarbeitung von konkreten Massnahmenplänen, welche partizipativ entwickelt und in den Jahren 2017 bis 2024 umgesetzt werden.***

Mit getrennt gefassten Beschlüssen haben der Bundesrat und die Kantone die nationale Strategie zur Vorbeugung und Bekämpfung von nichtübertragbaren Krankheiten genehmigt. Der darauf basierende Massnahmenplan wurde im Rahmen des Dialogs Nationale Gesundheitspolitik erarbeitet und vom Bundesrat am 16. November 2016 und den Kantonen am 24. November 2016 genehmigt.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung für die Einführung eines Referenzpreissystems im Bereich der patentabgelaufenen Arzneimittel ist eröffnet. Der Bundesrat hat in der zweiten Jahreshälfte über das weitere Vorgehen entschieden.***

Die Erarbeitung der Vorlage musste um rund ein Jahr zurückgestellt werden, da der Bundesrat aufgrund eines Urteils des Bundesgerichts vom 14. Dezember 2015 beschlossen hat, die Preisfestsetzung von Arzneimitteln neu zu regeln. Diese Vorlage wurde am 6. Juli 2016 in die Vernehmlassung gegeben.

- ▶ **Der Bericht über beabsichtigte Massnahmen zur psychischen Gesundheit in der Schweiz (in Erfüllung des Po. SGK-SR 13.3370) ist verabschiedet.***

Der Bericht wurde am 16. November 2016 vom Bundesrat genehmigt.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Inkraftsetzung des revidierten Unfallversicherungsgesetzes sowie die damit zusammenhängenden Ausführungsbestimmungen auf den 1. Januar 2017 beschlossen.**

Der Bundesrat hat am 9. November 2016 die Ausführungsbestimmungen genehmigt und beschlossen, das revidierte Unfallversicherungsgesetz auf den 1. Januar 2017 in Kraft zu setzen.

- ▶ **Die revidierten Strahlenschutzverordnungen sind verabschiedet.**

Nach der Anhörung vom 14. Oktober 2015 bis zum 15. Februar 2016 hat das Eidg. Departement des Innern beschlossen, erneut Treffen mit den Kantonen und betroffenen Interessensgruppen durchzuführen. Diese Treffen waren für die Akzeptanz des Revisionsprojektes notwendig, führten aber zu einer Verzögerung im Zeitplan. Die zweite Ämterkonsultation wurde am 8. Dezember 2016 eröffnet.

- ▶ **Die revidierte Tierarzneimittelverordnung ist im ersten Quartal 2016 verabschiedet und auf den 1. März 2016 in Kraft gesetzt. Die neuen Regelungen sorgen für die Reduktion unerwünschter Arzneimittelrückstände in Lebensmitteln tierischer Herkunft und sollen Antibiotikaresistenzen minimieren.**

Der Bundesrat hat die Tierarzneimittelverordnung am 11. März 2016 genehmigt und auf den 1. April 2016 in Kraft gesetzt.
- ▶ **Der «Aktionsplan Suizidprävention» (in Erfüllung der Mo. Ingold 11.3973) ist im zweiten Halbjahr 2016 verabschiedet. Er wird gemeinsam mit den Kantonen, der Stiftung Gesundheitsförderung sowie weiteren Akteuren erarbeitet.**

Der Bundesrat hat den Bericht am 16. November 2016 verabschiedet.
- ▶ **Der Massnahmenplan zur «Nationalen Strategie Sucht» ist verabschiedet.**

Der Bundesrat hat den Massnahmenplan zur «Nationalen Strategie Sucht 2017–2024» am 2. Dezember 2016 zur Kenntnis genommen.
- ▶ **Der Bundesrat hat in der zweiten Jahreshälfte einen Entscheid über die Möglichkeiten zur Unterstützung der Angehörigen bei der unentgeltlichen Pflege und Betreuung kranker oder pflegebedürftiger Familienmitglieder getroffen.**

Der Bundesrat konnte im 2016 keinen Entscheid fällen. Die Ausarbeitung von verschiedenen Varianten nahm mehr Zeit in Anspruch als ursprünglich geplant.
- ▶ **Die Vernehmlassung zur Änderung der Fortpflanzungsmedizinverordnung (zwecks Zulassung der Präimplantationsdiagnostik) ist eröffnet.**

Das Eidg. Departement des Innern hat am 26. September 2016 die Vernehmlassung zum Entwurf der Ausführungsbestimmungen zur Präimplantationsdiagnostik eröffnet.
- ▶ **Mit der punktuellen Revision der Arzneimittel-Werbeverordnung im ersten Quartal 2016 setzt der Bundesrat die Motion Eder 13.3393 «Swissmedic-Zulassung eines Arzneimittels als erlaubtes Werbeelement» um.**

Der Bundesrat hat die Änderung der Arzneimittel-Werbeverordnung am 11. März 2016 beschlossen und auf den 1. April 2016 in Kraft gesetzt. Künftig muss in den Pflichthinweisen für Arzneimittel stehen, dass ein Arzneimittel vom Schweizerischen Heilmittelinstitut Swissmedic zugelassen wurde. Damit ist das Anliegen der genannten Motion umgesetzt worden.
- ▶ **Der Bundesrat hat den «Bericht zur Nationalen Behindertenpolitik» (in Erfüllung des Po. Lohr 13.4245) verabschiedet.***

Der Bericht zur Behindertenpolitik (in Erfüllung des Po. 13.4245 Lohr vom 13.12.2013) beruht auf der Evaluation des Behindertengleichstellungsgesetzes und des Ersten Staatenberichts der Schweiz zur UN-Behindertenrechtskonvention. Der Bundesrat hat Ende 2015 von den Ergebnissen der Evaluation Kenntnis genommen und Mitte 2016 den Staatenbericht genehmigt. Der Bundesrat hat Anfang 2017 Kenntnis vom Bericht des EDI zur Entwicklung der Behindertenpolitik genommen und das EDI beauftragt, mit Kantonen und Verbänden einen Dialog über die vorgeschlagenen Massnahmen zu führen und dem Bundesrat auf dieser Grundlage Ende 2017 einen Bericht mit Massnahmenvorschlägen vorzulegen.

- **Der Bericht «Lebensqualität und Wohlfahrt» (in Erfüllung des Po. Hêche 14.3578) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht «Lebensqualität und Wohlfahrt – Möglichkeiten und Grenzen ihrer Analyse und Evaluation» am 23. November 2016 gutgeheissen. Die Ergebnisse zeigen, dass ein Monitoring der Wohlfahrt mit geeigneten Instrumenten möglich ist. Ebenso können die Auswirkungen von politischen Massnahmen auf einzelne spezifische Wohlfahrtsdimensionen evaluiert werden – nicht aber auf die Wohlfahrt als Ganzes.

Ziel 2: Eindämmung des Kostenwachstums, Erhöhung der Versorgungsqualität und der Transparenz im Gesundheitswesen

Teilweise realisiert

- **Die Botschaft zur Genehmigung und Umsetzung der Medicrime-Konvention des Europarates ist verabschiedet.***

Im Rahmen der verwaltungsinternen Bereinigung nach der zweiten Ämterkonsultation mussten verschiedene Fragen, namentlich zur Umsetzung von geheimen Überwachungsmassnahmen, geklärt werden. Diese Abklärungen haben den Abschluss der Arbeiten verzögert.

- **Der Bundesrat hat die Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über das elektronische Patientendossier (EPDG) und der damit zusammenhängenden Ausführungsbestimmungen auf Anfang 2017 beschlossen.***

Die Anhörung zum Ausführungsrecht zum Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier wurde vom 22. März 2016 bis zum 29. Juni 2016 durchgeführt. Aufgrund der teilweise kritischen Rückmeldungen wurden im Rahmen der Überarbeitung des Ausführungsrechts zahlreiche Veranstaltungen und Diskussionsrunden mit den in die Umsetzung involvierten Akteuren durchgeführt. In der Folge musste der Inkrafttretensbeschluss verschoben werden.

- **Die erste Etappe der Revision der Verordnung über den Risikoausgleich in der Krankenversicherung (VORA; SR 832.112.1) ist verabschiedet. Als neues Kriterium im ambulanten Bereich ist per 1. Januar 2017 das Kriterium «Arzneimittelkosten im Vorjahr» eingeführt.***

Die Revision der Verordnung über den Risikoausgleich in der Krankenversicherung (VORA) ist in zwei Schritten erfolgt und inhaltlich bereits abgeschlossen. Der Bundesrat hat die erste Etappe der Revision am 15. Oktober 2014 verabschiedet. Das damit festgelegte Kriterium «Arzneimittelkosten im Vorjahr» wird erstmals für den Risikoausgleich 2017 Anwendung finden. Am 19. Oktober 2016 hat der Bundesrat auch die zweite Etappe anlässlich einer Totalrevision der VORA verabschiedet und dabei das Kriterium «pharmazeutische Kostengruppen» eingeführt. Dieses wird das Kriterium «Arzneimittelkosten im Vorjahr» per 2020 ablösen.

- **Die Verordnungsänderung betreffend die Neuordnung der Franchisenstufen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung ist verabschiedet und wird erstmals für die Prämien 2017 angewendet.***

Die Revision wurde nach der Vernehmlassung sistiert, um die Ergebnisse des Berichts in Erfüllung des Postulates 13.3250 Schmid-Federer «Auswirkungen der Franchise auf die Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen» abzuwarten.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Neuregelung der Leistungspflicht von komplementärmedizinischen ärztlichen Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) ist eröffnet.***

Das Eidg. Departement des Innern hat den Entwurf der Ausführungsbestimmungen zur Neuregelung der Leistungspflicht von komplementärmedizinischen ärztlichen Leistungen vom 29. März 2016 bis zum 30. Juni 2016 in die Anhörung geschickt.

- ▶ **Die ersten Massnahmen zur Förderung der koordinierten Versorgung sind definiert.**

Im Projekt koordinierte Versorgung wurden einerseits Massnahmen zur Verbesserung der Koordination der Versorgung von spezifischen Patientengruppen, d.h. Patientinnen und Patienten mit hohem Koordinationsbedarf, erarbeitet und umgesetzt. Der Fokus ist zurzeit auf die Patientengruppe der (hoch-)betagten, multimorbid Menschen gerichtet. Andererseits werden Massnahmen umgesetzt, um die Rahmenbedingungen für die koordinierte Versorgung zu verbessern. Dazu zählen z.B. ein Handbuch, in welchem aufgezeigt wird, wie die typischen Leistungen der koordinierten Versorgung im Rahmen der bestehenden rechtlichen Grundlagen abgegolten werden können, und die Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über das elektronische Patientendossier.

- ▶ **Das Abkommen mit der Europäischen Union im Bereich der öffentlichen Gesundheit ist paraphiert.**

Im Bereich öffentliche Gesundheit wurde der Entwurf des Abkommenstextes im September 2015 materiell bereinigt. Eine allfällige Paraphierung bzw. Unterzeichnung des Abkommens hängt von der Entwicklung der gesamten bilateralen Beziehungen mit der EU ab.

- ▶ **Zur Umsetzung des Richtungsentscheides des Bundesrates vom 13. Mai 2015 bezüglich der Stärkung von Wirtschaftlichkeit und Qualität ist das EDI beauftragt, die Schaffung einer Health Technology Assessment-Einheit innerhalb des Bundesamtes für Gesundheit vorzusehen. Gesundheitstechnologien und medizinische Leistungen, die von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung vergütet werden, sollen systematisch überprüft werden. Der Bundesrat wird in der ersten Jahreshälfte 2016 über die dafür notwendigen Ressourcen entscheiden.**

Der Bundesrat hat am 4. Mai 2016 beschlossen, im Bundesamt für Gesundheit eine Einheit aufzubauen, mit der das Health Technology Assessment (HTA) gestärkt werden soll, und die dazu notwendigen Ressourcen gesprochen.

- ▶ **Die Vernehmlassung zu den Ausführungsbestimmungen des revidierten Transplantationsgesetzes ist eröffnet. Damit sollen Grenzgänger mit der Krankenversicherung in der Schweiz beispielsweise bei der Zuteilung von Organen zur Transplantation gleich behandelt werden wie Personen aus der Schweiz.**

Der Bundesrat hat am 23. März 2016 eine Teilinkraftsetzung des Transplantationsgesetzes beschlossen und die betreffenden Anpassungen des Ausführungsrechts genehmigt. Die Regelung ist auf den 1. Mai 2016 in Kraft getreten.

Ziel 3: Konsolidierung und Sicherung der Sozialwerke

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2006 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (EL-Reform) ist verabschiedet.***

Die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (EL-Reform; 16.065) ist am 16. September 2016 verabschiedet worden.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Modernisierung der Aufsicht über alle Sozialversicherungen im Zuständigkeitsbereich des BSV ist eröffnet.***

Der enge Einbezug der beteiligten Akteure bereits in einem frühen Stadium der Erarbeitung der Vorlage hat zu einer leichten Verzögerung geführt, die den vorgeesehenen Revisionsfahrplan insgesamt aber nicht in Frage stellt. Die Vernehmlassung soll im ersten Quartal 2017 eröffnet werden.

- ▶ **Die Botschaft zur Weiterentwicklung der IV ist verabschiedet.***

Die Botschaft zur Weiterentwicklung der IV wurde erarbeitet. Sie wurde dem Bundesrat Anfang 2017 zur Genehmigung vorgelegt.

- ▶ **Ein Entwurf zur Änderung der Verordnung vom 18. April 1984 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV 2) zur Verbesserung der Transparenz bei den Vermögensverwaltungskosten ist erarbeitet.**

Eine Vorlage wurde erarbeitet und im April 2016 der Subkommission «Anlagefragen» (einer Subkommission der Eidg. Kommission für berufliche Vorsorge, BVG-Kommission) unterbreitet. Sie wird dem Bundesrat zusammen mit den Verordnungsänderungen im Zusammenhang mit der Reform Altersvorsorge 2020 vorgelegt.

- ▶ **Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Anstalt zur Verwaltung der Ausgleichsfonds von AHV, IV und EO ist verabschiedet.***

Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Anstalt zur Verwaltung der Ausgleichsfonds von AHV, IV und EO ist am 18. Dezember 2015 verabschiedet worden.

Ziel 4: Bekämpfung der Armut

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bericht «Armutsmonitoring für die Schweiz» ist verabschiedet.**

Die konzeptionellen Grundlagen für ein gesamtschweizerisches Armutsmonitoring wurden erarbeitet. Hierzu liegt ein Forschungsbericht vor. Der Bundesrat soll 2018 über die Ergebnisse der Abklärungen zur Einführung eines gesamtschweizerischen Armutsmonitorings im Rahmen der Schlussberichterstattung zum «Nationalen Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut» informiert werden.

Ziel 5: Kinder-, Jugend- und Familienpolitik

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 29. Juni 2016 die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung verabschiedet.

- ▶ **Der Bericht «Abbau von bürokratischen Hürden und Vorschriften bei der Kinderbetreuung im ausserfamilialen Bereich» (in Erfüllung des Po. Quadrant 13.3980) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 29. Juni 2016 in Erfüllung des Po. Quadrant 13.3980 den Bericht «Vorschriften für die Eröffnung von Einrichtungen der familienergänzenden Kinderbetreuung» verabschiedet.

- ▶ **Das Aussprachepapier «Weiteres Vorgehen Regulierung im Film- und Computerspielbereich» ist verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 19. Oktober 2016 vom Aussprachepapier «Regulierung im Film- und Computerspielbereich» Kenntnis genommen und das Departement des Innern beauftragt, bis Ende 2017 eine Vernehmlassungsvorlage für eine Ko-Regulierung im Film- und Computerspielbereich zu unterbreiten.

- ▶ **Der Bericht «Ein Kind, eine Zulage» (in Erfüllung des Po. Maury Pasquier 14.3797) ist verabschiedet.***

Der Bericht «Altersgrenze bei Ausbildungszulagen und Familienleistungen von internationalen Organisationen» in Erfüllung des Po. Maury Pasquier (14.3797) «Ein Kind, eine Zulage» und des Po. der SGK-N (12.3973) «Soziale Auswirkungen der festen Altersgrenze für Ausbildungszulagen» wurde erarbeitet und dem Bundesrat Anfang 2017 zur Genehmigung vorgelegt.

Ziel 6: Erneuerung und Entwicklung der Beziehungen zur EU im kulturellen Bereich

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Botschaft zum Abkommen zwischen der Schweiz und der EU zur Teilnahme am «Creative Europe»-Programm 2014–2020 ist nach Möglichkeit verabschiedet.***

Die Gespräche zur Teilnahme der Schweiz am Programm «Creative Europe» wurden auch 2016 weitergeführt, aber noch nicht abgeschlossen. Es verbleiben zwei offene Punkte: die eventuelle Unterstellung des Abkommens unter das institutionelle Rahmenabkommen und die Bedingungen für eine vorläufige Anwendung des Abkommens, insbesondere im Zusammenhang mit der Übernahme der Richtlinie Audiovisuelle Mediendienste.

Ziel 7: Stärkung des Zusammenhalts der Regionen und Förderung der Verständigung der unterschiedlichen Kulturen und Sprachgruppen

Teilweise realisiert

- ▶ **Ein Aktionsplan zur Verbesserung der fahrenden Lebensweise wird mit allen beteiligten Akteuren (Kantone, Organisationen von Jenischen, Sinti und Roma) erarbeitet und vom Bundesrat verabschiedet (Bericht in Erfüllung von Po. Gysi 15.3233).***

Eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden sowie von Organisationen der Jenischen, Sinti und Roma erarbeitete bis Juni 2016 einen Katalog von Empfehlungen. Das Bundesamt für Kultur BAK hat einen Zwischenbericht über die Arbeiten erstellt und auf der Grundlage der Empfehlungen der Arbeitsgruppe einen Entwurf für einen Aktionsplan entwickelt. Der Bundesrat hat am 21. Dezember 2016 vom Zwischenbericht Kenntnis genommen und das EDI beauftragt, die Konsultationen mit den zuständigen interkantonalen Fachkonferenzen fortzuführen.

- ▶ **In Zusammenarbeit mit den Kantonen wird bis Ende 2016 ein umfassendes Konzept für einen systematischen Sprachaustausch in der obligatorischen Schule innerhalb der Schweiz ausgearbeitet und Wege für die Finanzierung dieses Konzeptes aufgezeigt (in Erfüllung des Po. WBK-N 14.3670).***

Um der Förderung von Austausch und Mobilität auf nationaler und internationaler Ebene neue Impulse zu verleihen, hat der Bund (SBFI, BAK, BSV) zusammen mit den Kantonen (EDK) am 24. März 2016 die Stiftung für die Förderung von Austausch und Mobilität SFAM gegründet. Die SFAM tritt an die Stelle der ch Stiftung für die eidgenössische Zusammenarbeit. Sie hat ihre Arbeit am 3. Oktober 2016 offiziell aufgenommen. Eine Gesamtstrategie für die Weiterentwicklung von Austausch und Mobilität konnte daher noch nicht bis Ende 2016 erarbeitet werden. Der Bericht in Beantwortung von Postulat 14.3670 wird parallel zur Erarbeitung der Gesamtstrategie erstellt werden.

- ▶ **Ein Ausbau der Förderung von Austausch und Mobilität wird, wie auch in der Kulturbotschaft 2016–2020 vorgeschlagen, insbesondere im Hinblick auf einen systematischen Sprachaustausch geprüft und erfordert möglicherweise eine Revision der Sprachenverordnung (Art. 9 SpV).***

Ein Ausbau der Förderung von Austausch und Mobilität und gegebenenfalls eine Revision der Sprachenverordnung (Art. 9 SpV) wird aufgrund der Gesamtstrategie zum Sprachaustausch zu prüfen sein.

Ziel 8: Förderung der Lohngleichheit von Frau und Mann

Realisiert

- ▶ **Die Anzahl Kontrollen im Beschaffungswesen bei Unternehmen mit mehr als 50 Angestellten in Bezug auf die Lohngleichheit ist erhöht.**

Das EBG hat 2016 die Anzahl neuer Kontrollen im Vergleich zum Vorjahr um 9 auf insgesamt 29 Kontrollen erhöht.

- ▶ **Das 2. Nationale Treffen zur Förderung der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor mit Mitgliedern der Exekutiven der Kantone und Gemeinden als Zielpublikum ist durchgeführt.**

Am 6. September 2016 fand das 2. Nationale Treffen statt. 22 Mitglieder der kantonalen und kommunalen Exekutiven nahmen am Treffen teil. Die anlässlich des Treffens lancierte Charta der Lohngleichheit für den öffentlichen Sektor wurde bisher von 27 Gemeinden und Kantonen sowie dem Bund unterschrieben.

Ziel 9: Stärkung der Lebensmittelsicherheit

Realisiert

- ▶ **Die Ausführungsbestimmungen zum neuen Lebensmittelgesetz sind verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 16. Dezember 2016 die Ausführungsbestimmungen zum neuen Lebensmittelgesetz verabschiedet. Gleichtags hat der Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern die entsprechenden Departementsverordnungen unterzeichnet. Die neue Lebensmittelgesetzgebung tritt am 1. Mai 2017 in Kraft.

Ziel 10: Optimierung und Weiterentwicklung der Produktion der Bundesstatistik

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zum statistischen Mehrjahresprogramm 2015–2019 verabschiedet.***

Der Bericht zum statistischen Mehrjahresprogramm 2016–2019 wurde am 27. Januar 2016 vom Bundesrat verabschiedet.

- ▶ **Im Rahmen des Ausbaus der Datengrundlage (Gesundheit2020) werden die ersten produktiven Erhebungen in den priorisierten Teilprojekten «Patientendaten Spital ambulant» und «Strukturdaten der Arztpraxen» bis Dezember 2016 durchgeführt (Projekt MARS).**

Die ersten Ergebnisse der produktiven Erhebung zum Teilprojekt «Patientendaten Spital ambulant» wurden am 30. September 2016 veröffentlicht. Der zweite Erhebungszyklus wurde planmäßig im November 2016 gestartet. Im Teilprojekt «Strukturdaten Arztpraxen und ambulante Zentren» erfolgte der Beginn der Erhebung am 15. November 2016.

- ▶ **Das Detailkonzept zum Immobilienpreisindex wird bis Ende November 2016 erarbeitet.**

Das Detailkonzept wurde erstellt. Weiter wurde mit dem Inkrafttreten der überarbeiteten Statistikerhebungsverordnung per 1. Dezember 2016 die rechtliche Grundlage für die Datenerhebung des «Schweizerischen Immobilienpreisindexes» geschaffen.

Ziel 11: Errichtung eines Online-Zugangs zum Archivgut des Bundes

Teilweise realisiert

- ▶ **Die WTO-Ausschreibungen für einen Online-Zugang zum Archivgut des Bundes und für die zugehörige Digitalisierungsinfrastruktur sind abgeschlossen.**

Der Zuschlag für den Online-Zugang zum Archivgut wurde erteilt. Bei der Digitalisierungsinfrastruktur hat sich der Zuschlag infolge zusätzlicher Abklärungen verzögert.

Ziel 12: Vereinheitlichung bei den Wetterwarnungen

Nicht realisiert

- ▶ **Der Bericht «Notwendige Vereinheitlichungen bei den Anbietern von Unwetterwarnungen» (in Erfüllung des Po. Vogler 14.3694) ist erarbeitet.***

Der Bericht konnte im 2016 nicht fertig erstellt werden. Eine umfassende Analyse der Unwetterwarnsysteme hat gezeigt, dass erhebliche Differenzen in einzelnen Warnsystemen bestehen. MeteoSchweiz hat Gespräche mit allen Anbietern geführt mit dem Ziel, die verschiedenen Warnsysteme zu vereinheitlichen. Die grosse Anzahl der Gesprächspartner und deren unterschiedliche Vorstellungen nahmen mehr Zeit in Anspruch als geplant.

Justiz- und Polizeidepartement

Ziel 1: Migration und Integration

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Umsetzung von Art. 121a BV und Vollzugsverbesserungen beim Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU verabschiedet.***
Der Bundesrat hat die Botschaft am 4. März 2016 verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Zusatzbotschaft zur Änderung des Ausländergesetzes (Integration) zur Anpassung an Art. 121a BV und Übernahme von fünf parlamentarischen Initiativen verabschiedet.***
Der Bundesrat hat die Botschaft am 4. März 2016 verabschiedet.
- ▶ **Gemeinsam mit der EU wurde eine Lösung für das Freizügigkeitsabkommen gefunden.***
Die Konsultationen mit der EU für eine Lösung im Bereich Personenfreizügigkeit wurden intensiv fortgesetzt. Die Schweiz stand mit der EU auf verschiedenen Arbeitsstufen in engem Kontakt. Die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, aus der EU auszutreten, erschwerte die Gespräche. Eine einvernehmliche Lösung mit der EU konnte in dieser Berichtsperiode daher nicht erreicht werden. Hingegen konnten durch das FZA-kompatible Umsetzungsgesetz zu Art. 121a BV eine Lösung gefunden und somit das Protokoll III (Kroatien) ratifiziert werden.
- ▶ **Der Bericht «Klärung der Ursachen für die Unterschiede beim kantonalen Vollzug des Abkommens über die Personenfreizügigkeit» (in Erfüllung des Po. GPK 14.4005) ist verabschiedet.***
Der Bundesrat hat den Bericht am 4. März 2016 verabschiedet.
- ▶ **Die Schweiz hat sich in Europa für einen solidarischen Schlüssel zur innereuropäischen Verteilung von schutzbedürftigen Personen eingesetzt.**
Die Schweiz hat Asylsuchende im Rahmen von Umverteilungsprogrammen (Relocation) aufgenommen und hat Experten in EASO-Missionen (Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen) entsandt. Die Schweiz hat ihre Position zu fairerer Lastenverteilung im Asylwesen in Beratungen zu Dublin eingebracht und sich an Frontex-Rückführungsoperationen beteiligt.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Ausführungsbestimmungen zur Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes verabschiedet.**
Der Bundesrat hat am 17. Juni 2016 die entsprechende Bürgerrechtsverordnung verabschiedet und das Gesetz auf den 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt.

- ▶ **Die humanitäre Aufnahmaktion Syrien mit dem Ziel, 3000 Personen während der Zeitspanne von Mitte 2015 bis Mitte 2018 aufzunehmen, verläuft plangemäss.**

Im Rahmen der im März 2015 vom Bundesrat beschlossenen humanitären Aktion für die Opfer der Syrienkrise wurden bis Ende 2016 1336 Personen aufgenommen. Davon wurden 968 Personen via Neuansiedlung (Resettlement) aufgenommen sowie 368 Personen via europäisches Umverteilungsprogramm (Relocation) aus den von Flüchtlingsströmen stark betroffenen EU-Ländern in die Schweiz geholt. Für 376 Personen wurden humanitäre Visa ausgestellt.

- ▶ **Die Botschaft zur Genehmigung des Notenaustausches Schweiz/EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 zur Schaffung des Fonds für die innere Sicherheit (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) ist vom Bundesrat verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 3. Juni 2016 verabschiedet.

Ziel 2: Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV, Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen) verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 3. Juni 2016 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Genehmigung der Europaratskonvention gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 2. Dezember 2016 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über die Harmonisierung der Strafrahmen im Strafgesetzbuch, im Militärstrafgesetz und im Nebenstrafrecht verabschiedet.***

Aus verschiedenen Gründen ist es zu Verzögerungen gekommen, so dass die Botschaft nicht im Berichtsjahr vom Bundesrat verabschiedet werden konnte. Insbesondere haben der Umfang und die Komplexität der Vorlage sowie die kontroversen Reaktionen in der bereits deutlich zurückliegenden Vernehmlassung und nicht zuletzt zahlreiche parlamentarische Verstöße zum Thema Fragen nach dem Vorgehen aufgeworfen. Es wird nun geprüft, ob die Vorlage als Gesamtpaket präsentiert oder in Teilprojekte aufgeteilt werden soll.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung über die Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens des Europarates vom 16. Mai 2005 zur Verhütung des Terrorismus eröffnet.***

Da das Gesetzgebungsprojekt eine erhebliche Erweiterung erfahren hat, konnte die Vernehmlassung nicht im Berichtsjahr eröffnet werden. Ein zweites Übereinkommen wird gleichzeitig umgesetzt, zusätzlich wird eine Anpassung der Strafnorm gegen kriminelle Organisationen und der Gesetzgebung im Bereich der internationalen Strafrechtshilfe vorgeschlagen.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht über die auf dem Markt erhältlichen Ausgangsstoffe, die zur Herstellung von Explosivstoffen verwendet werden können, verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht am 9. Dezember 2016 verabschiedet.

- ▶ **Eine gesamtheitliche Übersicht über Straffälle zur Koordination interkantonaler Fallkomplexe ist erarbeitet und in den «Bericht zum Stand der Umsetzung der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken» (NCS) eingeflossen.**

Das Konzept zur Massnahme 6 NCS, das die Übersicht über Straffälle und die Koordination interkantonaler Fallkomplexe zu Ziel hat, wurde in Zusammenarbeit mit der KKPD erstellt und die Vernehmlassung mit den Kantonen erfolgreich abgeschlossen. Das Konzept und das weitere Vorgehen wurden an der Herbsttagung der KKPD vom 17./18. November 2016 vorgestellt und zur Kenntnis genommen.

Ziel 3: Internationale Zusammenarbeit im Justiz- und Polizeibereich

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Verhandlungen betreffend die Verstärkung und Vereinfachung der Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden der EU-Mitgliedstaaten (Prüm) und den Zugang der Schweizer Strafverfolgungsbehörden auf EURODAC sind abgeschlossen.***

Die Verhandlungen mit der EU-Kommission zur Verstärkung und Vereinfachung der Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden der EU-Mitgliedstaaten (Prüm) konnten nicht abgeschlossen werden, da die EU-Kommission der Schweiz bislang noch keinen Vertragsentwurf vorgelegt hat. Die Verhandlungen für einen Zugang der Schweizer Strafverfolgungsbehörden auf EURODAC hingegen sind weit fortgeschritten, aber noch nicht abgeschlossen.

- ▶ **Die Polizeikooperationsabkommen mit Ungarn, Bulgarien und Montenegro sind unterzeichnet.**

Mit Montenegro wurde ein Polizeikooperationsabkommen am 7. April 2016 unterzeichnet, und die entsprechende Botschaft wurde vom Bundesrat am 16. Oktober 2016 verabschiedet. Das Polizeikooperationsabkommen mit Bulgarien wurde paraphiert. Die Arbeiten an der Revision des Polizeikooperationsabkommens mit Ungarn sind momentan sistiert. Die polizeiliche Zusammenarbeit wird mit den bestehenden Instrumenten weitergeführt.

- ▶ **Die der Schweiz notifizierten Weiterentwicklungen des Schengen- und Dublin-Besitzstandes sind fristgerecht übernommen und umgesetzt, oder die EU hat eine allfällige Fristüberschreitung akzeptiert.**

Die EU hat der Schweiz 2016 insgesamt zwölf Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands notifiziert. Weiterentwicklungen des Dublin-Besitzstands sind keine zu verzeichnen. Die Notifikation der entsprechenden Beschlüsse an die EU erfolgte ausnahmslos rechtzeitig. Zehn der zwölf Schengen-Weiterentwicklungen hatten Bagatellcharakter, so dass deren Übernahme vom Bundesrat selbständig beschlossen werden konnte; nur in einem Fall war eine rechtliche Umsetzung erforderlich. Die entsprechende Änderung der Verordnung über den nationalen Teil des Schengener Informationssystems und des SIRENE-Büro (N-SIS-Verordnung) ist am 1. September 2016 in Kraft getreten. Bei den anderen zwei Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands bedarf es noch der Zustimmung des Parlaments, weshalb der Bundesrat die entsprechenden Notenaustausche jeweils «unter Vorbehalt der Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen» vorgenommen hat. Die Vernehmlassung zur Übernahme der Verordnung (EU) 2016/1624 über die Europäische Küstenwache wurde am 12. Oktober 2016 eröffnet, diejenige zur Übernahme und Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 zum Datenschutz am 21. Dezember 2016.

- ▶ **Die Regierungsvereinbarung mit Katar ist vom Bundesrat genehmigt.**

Der Bundesrat hat die Vereinbarung (Memorandum of Understanding) am 10. Juni 2016 verabschiedet.

Ziel 4: **Gesellschaftlicher Zusammenhalt**

Teilweise realisiert

- ▶ **Die «Nationale Strategie für die Integrationsförderung» (Kantonale Integrationsprogramme, Phase 2018–2021, KIP II) ist vom Bundesrat verabschiedet.***

Die Grundlagen zu den kantonalen Integrationsprogrammen KIP 2018–2021 liegen im Entwurf vor, konnten aber nicht mehr im Berichtsjahr dem Bundesrat vorgelegt werden. Der Bundesratsentscheid wurde verschoben und erfolgt gestaffelt nach den Entscheiden des Plenums der Konferenz der Kantonsregierungen.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zum Diskriminierungsschutzrecht (in Erfüllung des Po. Naef 12.3543) verabschiedet.**

Der Bundesrat hat den Bericht am 25. Mai 2016 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zur Ratifikation des Zusatzprotokolls zur europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung Kenntnis genommen und gegebenenfalls die Botschaft verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Botschaft am 24. August 2016 verabschiedet.

Ziel 5: Staatliche Institutionen

Nicht realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes über das Öffentlichkeitsprinzip (BGÖ) eröffnet.**

Die Vernehmlassung konnte nicht wie geplant eröffnet werden. Am 16. November 2016 hat der Bundesrat im Zusammenhang mit der Botschaft zur Organisation der Bahninfrastruktur eine Diskussion betreffend Ausnahmeregelungen vom Öffentlichkeitsgesetz (BGÖ) geführt. Das EJPD wurde beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit der im Auftrag des Bundesrates 2015 eingesetzten ständigen interdepartmentalen BGÖ-Arbeitsgruppe der Öffentlichkeitsberatenden der Departemente und der Bundeskanzlei eine Teilrevision des BGÖ zu erarbeiten.

Ziel 6: Wirtschaftsstandort Schweiz

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des OR (Aktienrecht, inklusive Umsetzung von Art. 95 Abs. 3 BV [Volksinitiative «gegen die Abzockerei»]) verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 23. November 2016 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einer Regelung für ein international anerkanntes elektronisches Identifizierungsmittel (eID) eröffnet.***

Der Bundesrat hat am 16. September 2016 das EJPD und das EDI beauftragt, vor der Eröffnung der Vernehmlassung das Verhältnis zwischen AHV-Nummer und eID zu klären. Deshalb konnte die Vernehmlassung nicht im Berichtsjahr eröffnet werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des Datenschutzgesetzes (DSG) eröffnet.***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 21. Dezember 2016 eröffnet. Sie dauert bis am 4. April 2017.

- ▶ **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Revision des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1983 über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (Lex Koller) zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.***

Die Gesetzgebungsarbeiten sind wegen vertiefter Abklärungen betreffend die Regulierungsfolgenabschätzung verzögert. Die Vernehmlassung konnte nicht im Berichtsjahr eröffnet werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum schweizerischen Anwaltsgesetz eröffnet.**

Ein wesentlicher Teil der Revision betrifft die Schaffung eines Anwaltsregisters auf Bundesebene. Ein von der sankt-gallischen Aufsichtsbehörde über die Anwältinnen und Anwälte durchgeföhrtes Pilotprojekt zur Abklärung der Kompatibilität des Registers REGAVO (Register des Schweizerischen Anwaltsverbands) mit den Bedürfnissen einer kantonalen Aufsichtsbehörde hat sich verzögert. Der Ergebnisbericht zu diesem Pilotprojekt ist eine Voraussetzung für die weiteren Arbeiten.

- ▶ **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Modernisierung des Urheberrechts zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.***

Der Bundesrat hat am 2. Dezember 2016 vom Vernehmlassungsergebnis zur Modernisierung des Urheberrechts Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt. Eine Modernisierung des Urheberrechtes wird grundsätzlich begrüßt. Die Vorstellungen über den einzuschlagenden Weg gehen indessen stark auseinander. Vor diesem Hintergrund hat das EJPD beschlossen, den Kontakt mit den betroffenen Verbänden zu suchen und die im Jahr 2012 gebildete Arbeitsgruppe zur Optimierung der kollektiven Verwertung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten (AGUR12) erneut einzuberufen. Im Rahmen dieser Gespräche soll eruiert werden, ob sich alle relevanten Stakeholder auf eine Konkretisierung des AGUR12-Kompromisses einigen können.

Ziel 7: Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Revision des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz, GIG) zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.***

Der Bundesrat hat am 26. Oktober 2016 Kenntnis vom Vernehmlassungsergebnis genommen und das EJPD beauftragt, den entsprechenden Gesetzesentwurf auszuarbeiten.

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Ziel 1: Weiterentwicklung der Armee (WEA)

Teilweise realisiert

- **Die angepassten Planungsarbeiten für die Umsetzung und Einführung der WEA sind unter Einhaltung der aktualisierten Vorgaben des Parlaments gewährleistet. Die rechtlichen, strukturellen, organisatorischen und personellen Voraussetzungen sind geschaffen.**

Der Einführungszeitpunkt für die WEA wurde auf den 1. Januar 2018 festgelegt. Der Überführungsbefehl wurde an die aktualisierten Vorgaben angepasst. Die notwendigen Voraussetzungen für die Umsetzung sind geschaffen. Die Vorbereitungen für die Einführung laufen planmäßig.

- **Die Umsetzungsplanung des Stationierungskonzepts der Armee wird in Abhängigkeit zum Entscheid des Bundesrates zum «Sachplan Militär» vorgenommen. Die für 2016 geplanten Massnahmen werden umgesetzt.**

Aufgrund der Verzögerungen bei der Verabschiedung der WEA konnte die Anhörung der Kantone erst Anfang 2017 abgeschlossen werden, was zu einer Verzögerung der Umsetzungsplanung führt. Die für 2016 geplanten Massnahmen konnten nur teilweise umgesetzt werden.

- **Der Zahlungsrahmen für die finanziellen Mittel der Armee für die Jahre 2017–2020 ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Zahlungsrahmen für die finanziellen Mittel der Armee für die Jahre 2017–2020 im Rahmen der Armeebotschaft am 25. Februar 2016 verabschiedet.

- **Der Bericht «Nicht mehr benötigte Immobilien des VBS im Sinne der Öffentlichkeit nutzen» (in Erfüllung der Po. FK-N 13.4015 und SiK-S 11.3753) ist verabschiedet.***

Der Bericht konnte aufgrund der Verzögerungen bei der Verabschiedung der WEA im 2016 nicht verabschiedet werden. Die Verabschiedung wird im Rahmen des Bundesratsbeschlusses zum «Sachplan Militär» erfolgen.

Ziel 2: Projekte/Vorhaben Bereich Verteidigung

Teilweise realisiert

- **Die Etappen des Programms «Führungsinfrastruktur, Informationstechnologie und Anbindung an die Netzinfrastruktur der Armee» (FITANIA) werden planmäßig umgesetzt. Die programminterne und -externe Abstimmung zwischen den Partnern, inkl. Kostenbeteiligung, ist gewährleistet.**

Die Etappen wurden planmäßig umgesetzt. Die Zwischenmeilensteine wurden erreicht, und die programminterne und -externe Abstimmung ist gewährleistet.

- **Die Umsetzung der Konzeption Cyber-Defence der Armee ist in den ordentlichen Prozessen integriert, und alle beteiligten Organisationseinheiten nehmen ihre Rollen wahr. Die Schnittstellen sind definiert und eingeübt. Die Cyber-Defence-Fähigkeiten der Armee haben ihre Grundbereitschaft erreicht.**

Die Umsetzung ist teilweise erfolgt. Die Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen wie auch die Prozessqualität wurden verbessert. Mit dem Entscheid des Chefs VBS zur Erarbeitung eines Aktionsplans Cyber-Defense wurde die Grundlage für eine Beschleunigung der Umsetzung der Cyber-Defense-Fähigkeiten geschaffen.

Ziel 3: **Beschaffungsmanagement VBS**

Teilweise realisiert

- **Die Massnahmen aus dem Projekt «Optimierung Beschaffungsprozesse» sind eingeführt. Die benötigten Auswertungen aus dem Vertragsmanagement sind verfügbar und allfällige Korrekturmassnahmen werden VBS-intern abgeleitet.**

Die beschleunigten Beschaffungsprozesse wurden bei ausgewählten Projekten angewandt. Zur Beherrschung der Risiken und zur Einhaltung der Rechtskonformität bedurfte es zusätzlicher Überprüfungen, was zu einer Verzögerung des Projekts «Optimierung Beschaffungsprozesse» führte. Die Auswertungen aus dem Vertragsmanagement sind verfügbar.

Ziel 4: **Sicherheitspolitik/Sicherheitsverbund Schweiz (SVS)**

Realisiert

- **Der Sicherheitspolitische Bericht 2016 ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz am 24. August 2016 verabschiedet.

- **Der Sicherheitsverbund Schweiz ist operationell. Eine Geschäftsordnung für die operative Plattform liegt vor. Der erweiterte Steuerungsausschuss ist aufgelöst.**

Der Sicherheitsverbund Schweiz ist operationell. Die Geschäftsordnung für die operative Plattform liegt vor. Der erweiterte Steuerungsausschuss ist aufgelöst.

- **Der Bericht der Studiengruppe Dienstpflichtsystem ist im Rahmen des Berichts «Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+» verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Vorschläge der Studiengruppe zur Verbesserung des Systems der obligatorischen Dienstpflicht am 6. Juli 2016 zur Kenntnis genommen.

Ziel 5: Bevölkerungsschutz und Zivilschutz

Realisiert

- ▶ **Der Umsetzungsauftrag zum Bericht «Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+» ist erteilt.***

Der Bundesrat hat den Umsetzungsauftrag zum Bericht «Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+» am 6. Juli 2016 erteilt.

- ▶ **Die Botschaft zur Werterhaltung des Sicherheitsfunknetzes Polycom 2030 ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Werterhaltung des Sicherheitsfunknetzes Polycom 2030 am 25. Mai 2016 verabschiedet.

- ▶ **Die Lehren aus der Sicherheitsverbundsübung 2014 werden planmäßig umgesetzt. Der Bundesrat ist über den Stand der Umsetzung informiert.**

Die Umsetzung der Lehren erfolgt planmäßig. Der Bundesrat wurde am 18. Mai 2016 über den Stand der Umsetzung informiert.

Ziel 6: Nachrichtendienstgesetz

Nicht realisiert

- ▶ **Die Verordnungen zur Umsetzung des Nachrichtendienstgesetzes sind verabschiedet.***

Aufgrund der Referendumsabstimmung zum Nachrichtendienstgesetz am 25. September 2016 resultierte eine Anpassung des Zeitplans, und die Verabschiedung der Verordnungen konnte nicht mehr 2016 erfolgen.

Ziel 7: Sportförderung und Anpassung von Rechtsgrundlagen im Bereich Sport

Realisiert

- ▶ **Der Aktionsplan Sportförderung des Bundes gemäss Motion WBK (13.3369) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Aktionsplan Sportförderung des Bundes am 26. Oktober 2016 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat über die mittel- und langfristige Planung der Sportinfrastruktur des Bundes entschieden.***

Der Bundesrat hat am 26. Oktober 2016 über die Planung der Sportinfrastruktur des Bundes entschieden.

- ▶ **Die revidierte Verordnung über die Informationssysteme des Bundes im Bereich Sport ist verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Verordnung am 12. Oktober 2016 verabschiedet.

- ▶ **Der Bericht zur Finanzierungssicherheit der Karriere von Spitzenathletinnen und Spitzenathleten (in Erfüllung des Po. WBK-N 14.3381) ist verabschiedet (im Rahmen des Aktionsplans Sportförderung Bund).***

Der Bundesrat hat den Bericht am 26. Oktober 2016 im Rahmen des Aktionsplans Sportförderung des Bundes verabschiedet.

Ziel 8: Landesvermessung

Realisiert

- ▶ **Die neue Landeskarte im Massstab 1:50'000 in digitaler vektorieller Form ist planmäßig realisiert und die Produktion erfolgreich gestartet.**

Die Landeskarte wurde planmäßig realisiert und per Mitte Oktober 2016 ins Verkaufssortiment des Bundesamts für Landestopographie swisstopo aufgenommen.

Finanzdepartement

Ziel 1: Wahrung des Gleichgewichts des Bundeshaushalts

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Stabilisierungsprogramm 2017–2019 verabschiedet.***
Der Bundesrat hat die Botschaft am 25. Mai 2016 verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Neuen Finanzordnung 2021 verabschiedet.***
Der Bundesrat hat die Botschaft am 22. Juni 2016 verabschiedet.
- ▶ **Die aktualisierte Gewinnausschüttungsvereinbarung ist von der Nationalbank und vom Eidg. Finanzdepartement unterzeichnet. Mit dieser Vereinbarung wird jeweils für einen bestimmten Zeitraum die Höhe der jährlichen Gewinnausschüttungen an Bund und Kantone festgelegt mit dem Ziel, diese mittelfristig zu verstetigen.**
Die Gewinnausschüttungsvereinbarung wurde von der Nationalbank und vom Eidg. Finanzdepartement am 9. November 2016 unterzeichnet und am 10. November 2016 veröffentlicht.
- ▶ **Der Bericht zu den Langfristperspektiven der öffentlichen Haushalte ist publiziert.**
Der Bericht wurde am 28. April 2016 veröffentlicht.

Ziel 2: Stabilität und Standortattraktivität des Finanzplatzes

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat weitere Botschaften zur bilateralen Aktivierung des AIA-Standards auf Grund des MCAA mit Partnerstaaten verabschiedet.***
Der Bundesrat hat die Sammelbotschaft zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Island, Norwegen, Guernsey, Jersey, der Insel Man, Japan, Kanada und der Republik Korea am 6. Juli 2016 verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Verordnung zur Umsetzung des Bundesgesetzes über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen verabschiedet.***
Der Bundesrat hat die Verordnung am 23. November 2016 verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat die revidierte Steueramtshilfeverordnung zur Umsetzung des spontanen Informationsaustausches in Steuersachen verabschiedet.***
Der Bundesrat hat die Verordnung am 23. November 2016 verabschiedet.

- ▶ **Nach Abschluss eines FATCA-Abkommens mit den USA nach Modell 1 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zum Abkommen eröffnet.***

Aufgrund andauernder unterschiedlicher Verhandlungspositionen kam es zu weiteren Verzögerungen bei den Gesprächen. Anfang Oktober 2016 hat die Schweiz den USA einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen übermittelt. Die Differenzen konnten allerdings noch nicht beigelegt werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat einen aktualisierten Bericht zu den strategischen Stossrichtungen der Finanzmarktpolitik veröffentlicht und über Vorschläge zur Optimierung des Schweizer Einlagesicherungssystems entschieden.***

Der Bundesrat hat den aktualisierten Bericht zu den strategischen Stossrichtungen der Finanzmarktpolitik am 19. Oktober 2016 verabschiedet. Den Entscheid über Optimierungsvorschläge zum Einlagesicherungssystem hat der Bundesrat nicht im Berichtsjahr gefällt, weil sich eine zeitliche Koordination mit anderen laufenden Geschäften und vertiefte Abklärungen mit der Branche als sinnvoll erwiesen haben.

- ▶ **Der Bundesrat hat – im Gesamtkontext der Beziehungen der Schweiz zur EU – über das weitere Vorgehen bezüglich eines Finanzdienstleistungsabkommens mit der EU entschieden.***

Die Interessenslage hinsichtlich eines Finanzdienstleistungsabkommens für die Schweiz wurde vertieft geprüft, und der Bundesrat wurde am 19. Oktober 2016 über den Stand der Arbeiten zur Wahrung und Verbesserung des Marktzugangs ins Ausland informiert. In seinem Bericht über die Finanzmarktpolitik hat der Bundesrat gleichentags die weitere Stossrichtung bezüglich Marktzugang festgelegt. Für den Erhalt und die Verbesserung des Marktzugangs in Europa sollen vorderhand bilaterale Verhandlungen mit wichtigen Partnerländern sowie die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Schweizer Regulierung und Aufsicht durch die EU priorisiert werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat über Vereinbarungen mit ausgewählten Partnerländern über Erleichterungen und zur Wahrung der Marktzugangsbedingungen im Auslandsgeschäft entschieden.***

Gespräche fanden insbesondere mit Italien und Frankreich statt. Wegen übergeordneter politischer Prioritäten seitens der Gesprächspartner verzögerte sich allerdings die Lösungsfindung, weshalb der Bundesrat nicht über Vereinbarungen entscheiden konnte.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Steueramtshilfegesetzes (StAhiG) betreffend Modalitäten der Amtshilfe im Falle gestohlener Daten verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Botschaft am 10. Juni 2016 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Währungshilfegesetzes verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 30. September 2016 verabschiedet.

- ▶ **Abhängig von der Zustimmung Chinas nimmt die Schweiz an den Treffen der Finanzministerien und Notenbanken der G20 unter dem Vorsitz Chinas teil. Sie sichert sich die Teilnahme unter deutschem Vorsitz 2017.**

Die Schweiz hat 2016 an den Treffen der Finanzminister und Notenbanken der G20 unter dem Vorsitz Chinas teilgenommen. Sie nimmt 2017 unter deutschem Vorsitz erneut teil, erste Sitzungen auf unterer Stufe haben bereits stattgefunden.

- ▶ **2016 findet die vierte gegenseitige Evaluierung des schweizerischen Dispositives gegen Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung durch die Groupe d'action financière (GAFI) statt. Die GAFI hat den Evaluationsbericht, zu dessen Redaktion die Schweiz beigetragen hat, verabschiedet und der Bericht gibt das schweizerische Dispositiv korrekt wieder.**

Die GAFI hat den Bericht am 7. Dezember 2016 veröffentlicht. Der Bericht gibt das schweizerische Dispositiv korrekt wieder.
- ▶ **Der Bericht «Analyse der Geldwäscherei- und Terrorismusfinanzierungsrisiken im Zusammenhang mit der Nutzung von Schliessfächern» ist verabschiedet.**

Das EFD hat den Bericht am 14. Dezember 2015 verabschiedet und veröffentlicht.
- ▶ **Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zur Revision des Versicherungsvertragsgesetzes Kenntnis genommen und die Botschaft verabschiedet.***

Aufgrund vertiefter Abklärungen, die in besonderen Bereichen vorgenommen werden mussten (u.a. Massenkollisionen, Pflichthaftpflichtversicherungen), hat der Bundesrat das Vernehmlassungsergebnis noch nicht zur Kenntnis genommen und die Botschaft noch nicht verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat eine Änderung der Eigenmittelverordnung gutgeheissen.***

Der Bundesrat hat die Verordnungsänderung am 23. November 2016 gutgeheissen.

Ziel 3: Attraktivität und Glaubwürdigkeit des schweizerischen Steuersystems

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat spätestens sechs Monate nach der Volksabstimmung zur Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» einen Modellentscheid zur Ehepaarbesteuerung gefällt. Falls keine Vernehmlassung erforderlich ist, hat er die entsprechende Botschaft verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat den Modellentscheid am 31. August 2016 gefällt und das EFD beauftragt, bis Ende März 2017 eine Botschaft zur Beseitigung der «Heiratsstrafe» bei der direkten Bundessteuer vorzulegen. Aufgrund der knappen zeitlichen Verhältnisse hat der Bundesrat davon abgesehen, die Botschaft noch im Berichtsjahr vorzulegen.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über die Besteuerung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke (Umsetzung der Mo. Müller Leo 12.3172) verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 11. März 2016 verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung finanzieller Sanktionen (Umsetzung der Mo. Luginbühl 14.3450) verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 16. November 2016 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die revidierte Mehrwertsteuerverordnung gutgeheissen.***
Die parlamentarischen Beratungen zur Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes haben länger gedauert als ursprünglich geplant, weshalb sich dessen Inkraftsetzung um ein Jahr verschiebt (2018 statt 2017). Dies hat zur Folge, dass auch die revidierte Mehrwertsteuerverordnung erst später als geplant vom Bundesrat gutgeheissen und auf den 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt werden kann. Am 21. Dezember 2016 hat der Bundesrat dazu die Vernehmlassung eröffnet.
- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Für eine elektronische Erhebung der Nationalstrassenabgabe (eVignette)» (in Erfüllung des Po. KVF-N 14.4002) gutgeheissen.***
Der Bundesrat hat den Bericht am 2. Dezember 2016 gutgeheissen.
- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Vereinfachte Erhebung der Mehrwertsteuer beim Import von Waren. System von Dänemark» (in Erfüllung Po. WAK-N 14.3015) gutgeheissen.***
Der Bundesrat hat den Bericht am 2. Dezember 2016 gutgeheissen.

Ziel 4: Personalstrategie Bundesverwaltung 2016–2019

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat das Umsetzungskonzept zur «Personalstrategie Bundesverwaltung 2016–2019» verabschiedet.***
Der Bundesrat hat das Umsetzungskonzept am 29. Juni 2016 verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat die strategischen Sollwerte und Indikatoren für das Personalmanagement in der Bundesverwaltung festgelegt.***
Der Bundesrat hat die Sollwerte und Indikatoren am 25. Mai 2016 festgelegt.

Ziel 5: Öffentliches Beschaffungswesen

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zur Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen Kenntnis genommen und gegebenenfalls die Botschaft verabschiedet (falls die parallelen Revisionsarbeiten bei den Kantonen wie geplant voranschreiten).***
Der Bundesrat hat am 23. November 2016 eine erste Diskussion zum Vernehmlassungsergebnis und zur Botschaft geführt. Da die Botschaft in einzelnen Aspekten noch präzisiert werden soll, konnte deren Verabschiedung nicht vor Ende 2016 erfolgen.

Ziel 6: Starker Franken

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Berichterstattung zur «Frankenstärke» (in Erfüllung der Po. Bischof 15.3091, Rechsteiner 15.3367, Graber 15.3017 und Leutenegger Oberholzer 11.4173) gutgeheissen.***

Der Bundesrat hat den Bericht «Währungspolitisches Instrumentarium» (in Erfüllung des Postulats Leutenegger Oberholzer 11.4173) am 25. Mai 2016 gutgeheissen. Weiter hat er am 21. Dezember 2016 den Bericht «Geldpolitik» (in Erfüllung der Postulate Bischof 15.3091 und 15.4053, Rechsteiner 15.3367 und Cramer 15.3208) sowie den Bericht «Tiefzinsumfeld und Frankenstärke» (in Erfüllung des Postulats Graber 15.3017) gutgeheissen.

Ziel 7: Informations- und Kommunikationstechnologien

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat den Masterplan zur IKT-Strategie des Bundes 2016–2019 verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Masterplan am 29. Juni 2016 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat das Marktmodell zum IKT-Standarddienst für Webauftritte der Bundesverwaltung (CMS) verabschiedet.**

Eine Marktmodell-Analyse (Prüfung hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Beschaffungsrecht, Vertragssituation und Funktionsumfang) hat gezeigt, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine Zusammenführung der bestehenden Plattformen zur Bewirtschaftung von Webauftritten (Content Management Systeme; CMS) aus beschaffungsrechtlichen und wirtschaftlichen Gründen noch nicht sinnvoll ist. Deshalb hat der Bundesrat am 29. Juni 2016 entschieden, vorerst auf die Einführung eines entsprechenden Standarddienstes zu verzichten, bis die bestehenden Lösungen amortisiert sind. Gleichzeitig hat er das EFD mit den weiteren Vorgehensschritten beauftragt. Diese sollen die Migration auf eine bundesweit einheitliche Lösung spätestens im Jahr 2023 sowie deren Führung als IKT-Standarddienst sicherstellen.

- ▶ **Der Bundesrat hat das Marktmodell zum IKT-Standarddienst für die elektronische Geschäftsverwaltung (GEVER) verabschiedet.**

Der Bundesrat hat das Marktmodell am 29. Juni 2016 verabschiedet.

- ▶ **Unter der Bedingung, dass bis Ende 2015 ein rechtsgültiger Zuschlag für die GEVER-Software vorliegt, hat das Bundesamt für Informatik 2016 eine leistungsfähige und wirtschaftliche IT-Infrastruktur bereitgestellt, damit die neuen GEVER-Systeme ab 2017 eingeführt werden können. Die Betriebsplattform ist durch das ISCECO getestet und freigegeben und steht den Departementen und der BK für die Einführungs- und Migrationsprojekte zur Verfügung.**

Die Bedingung, dass bis Ende 2015 ein rechtsgültiger Zuschlag für die GEVER-Software vorliege, war nicht erfüllt. Die Arbeiten wurden daher im Auftrag der Bundeskanzlei vorderhand sistiert. Nach der Erteilung des rechtsgültigen Zuschlags im September 2016 sind die Arbeiten wieder aufgenommen worden.

► **Der Bundesrat hat die totalrevidierte Verordnung über die Bearbeitung von Personendaten in der Eidg. Zollverwaltung verabschiedet.**

Die Arbeiten zur Totalrevision der Verordnung kamen nicht wie geplant voran, weil mit der Neuorganisation der Oberzolldirektion seit dem 1. Mai 2015 nicht erwarteter Mehraufwand im Bereich des Beschaffungswesens zu verzeichnen war. Zudem mussten für die Verordnungsänderung eingeplante Ressourcen zugunsten dringender personalrechtlicher Verfahren und Unterstützung anderer dringender und wichtiger Beschwerdeverfahren eingesetzt werden.

► **Die Grundlagen für eine bundesweit abgestimmte Geschäfts- und Informatikarchitektur sind geschaffen: Der Bundesrat hat entsprechende Weisungen verabschiedet und über die personellen Ressourcen entschieden.**

Ein Entwurf der Weisungen liegt vor, die Ämterkonsultation und eine zusätzliche Bereinigungsrounde wurden durchgeführt. Da die Weisungen jedoch abgestimmt werden müssen auf einen Vorgehensentscheid des Bundesrates zu grundsätzlichen Planungs- und Organisationsfragen der Bundes-IKT, hat der Bundesrat noch nicht im Berichtsjahr über die Weisungen und über die personellen Ressourcen entschieden.

► **Der Bundesrat hat festgelegt, wie in Zukunft die IKT-Infrastrukturdienste (z.B. Server, Speicher, Rechenzentren-Netzwerke) innerhalb des Rechenzentren-Verbundes bereitgestellt werden.**

Die wesentlichen Eckpunkte zum Steuerungs- und Betriebsmodell des Rechenzentren-Verbundes sind konzeptionell erarbeitet, der Bundesratsantrag vorbereitet und mit den Anspruchsträgern abgestimmt. Das Geschäft wurde dem Bundesrat noch nicht im Berichtsjahr vorgelegt, weil es aufgrund inhaltlicher Abhängigkeiten (Kosten- und Finanzierungsfragen) zusammen mit der Botschaft über die Migration und den Umzug ins Rechenzentrum «CAMPUS» behandelt werden soll, deren Verabschiedung demnächst geplant ist.

► **Im Anschluss an den Bundesbeschluss zur Einführung der nächsten Generation der Arbeitsplatzsysteme (Programm APS2020) ist das Programm APS2020 gestartet und erste Projekte sind initialisiert: Ein Konzept zu den zukünftigen Arbeitsplatzsystemen liegt vor, erste Realisierungseinheiten sind gestartet und die erste Etappe ist gemäss Programmplan abgeschlossen.**

Erste Realisierungseinheiten sind gestartet. Die Verabschiedung des erarbeiteten Konzepts und damit der formelle Abschluss der Etappe 1 verschieben sich um ca. drei Monate, da das Programm nach der Verabschiedung der Botschaft durch die Eidg. Räte und nach dem Assessment für Grossprojekte erst im Mai 2016 gestartet werden konnte.

► **Ende 2016 sind sämtliche Bundesverwaltungsstandorte in der Agglomeration Bern vom alten Core-Netz auf das neu bereitgestellte Core-Netz umgeschaltet. Damit wird ein wesentlicher Teil der Umsetzung der Netzwerkstrategie Bund (UNB) umgesetzt.**

Bei sämtlichen Bundesverwaltungsstandorten (der total ca. 200 Standorte in Bern, inkl. Agglomeration) ist die Bearbeitung/Migration per Ende 2016 erfolgt.

Ziel 8: Grundlagenbericht Rohstoffe

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat den dritten Bericht zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Grundlagenbericht Rohstoffe vom 27. März 2013 gutgeheissen.***

Der Bundesrat hat den Bericht am 2. Dezember 2016 gutgeheissen.

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Ziel 1: Die Schweiz sorgt für bestmögliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Inland und unterstützt so ihre Wettbewerbsfähigkeit

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Botschaft zum Bundesbeschluss über die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft in den Jahren 2018–2021 ist verabschiedet.***
Der Bundesrat hat die Botschaft am 18. Mai 2016 verabschiedet.
- ▶ **Der Bericht «Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik» (in Erfüllung diverser parlamentarischer Vorstösse) ist verabschiedet.***
Der Bericht hat sich infolge notwendig gewordener vertiefender Analysen verzögert und konnte deswegen nicht mehr 2016 verabschiedet werden.
- ▶ **Der Bericht «Evaluation Nutzen gentechnisch veränderter Pflanzen» ist verabschiedet.**
Der Bundesrat hat den Bericht am 22. Juni 2016 verabschiedet.
- ▶ **Der Bericht «Natürliche Lebensgrundlagen und ressourceneffiziente Produktion. Aktualisierung der Ziele» (in Erfüllung des Po. Bertschy 13.4284) ist verabschiedet.***
Der Bundesrat hat den Bericht am 9. Dezember 2016 verabschiedet.
- ▶ **Die Verordnung über die Gewährung von Steuererleichterungen im Rahmen der Regionalpolitik tritt 2016 in Kraft.***
Der Bundesrat hat die Totalrevision der Verordnung am 3. Juni 2016 verabschiedet. Die wichtigsten Änderungen betreffen die Einführung einer betragsmässigen Obergrenze, die Anpassung der Anwendungsgebiete unter Berücksichtigung der Raumordnungspolitik sowie eine erhöhte Transparenz über die gewährten Steuererleichterungen. Die revidierten Bestimmungen traten am 1. Juli 2016 in Kraft.
- ▶ **Die Reformmassnahmen im Rahmen der «Neuen Wachstumspolitik» werden umgesetzt.***
Der Bundesrat hat die «Neue Wachstumspolitik 2016–2019» am 22. Juni 2016 verabschiedet, welche 14 Massnahmen zur Stärkung der Arbeitsproduktivität und der Widerstandsfähigkeit sowie zur Milderung der Nebenwirkungen des Wirtschaftswachstums umfasst. Die Arbeiten zu diesen Massnahmen wurden im Laufe des Jahres 2016 aufgenommen und befinden sich weitgehend planmässig in der Umsetzung.
- ▶ **Der Bericht «Für eine freie Wirtschaftsordnung. Gegen Wettbewerbsverzerrung durch Staatsunternehmen» (in Erfüllung des Po. FDP-Liberale Fraktion 12.4172) wird genehmigt.***
Das Parlament hat am 18. Dezember 2015 einen weiteren Vorstoss zur gleichen Thematik angenommen, nämlich das Postulat Schilliger 15.3880 «Konkurrenzierter Staat die Wirtschaft? Übersicht tut not». In seiner Stellungnahme hatte der Bundesrat angekündigt, dass er im Bericht in Erfüllung des Postulats 12.4172 darauf antworten wolle. Der Bericht muss diesen neuen Auftrag somit berücksichtigen und konnte deshalb nicht genehmigt werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat den dritten Bericht zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Grundlagenbericht Rohstoffe vom 27. März 2013 gutgeheissen.***

Der Bundesrat hat die dritte Berichterstattung am 2. Dezember 2016 gutgeheissen. Diese bietet für jede der siebzehn Empfehlungen eine Übersicht über den Stand der Umsetzung. Sie zeigt, dass weitere wichtige Fortschritte erzielt wurden, um die Rahmenbedingungen der Rohstoffbranche weiter zu stärken und die Risiken zu reduzieren.

Ziel 2: Die Schweiz bleibt führend in Bildung, Forschung und Innovation, und das inländische Arbeitskräftepotenzial wird besser ausgeschöpft

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017–2020 (BFI 2017–2020) verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 24. Februar 2016 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum weiteren Vorgehen betreffend die Schweizer Beteiligung an den Rahmenprogrammen der EU in den Bereichen Forschung und Innovation sowie die internationale Vernetzung der Schweizer Forschung und Innovation bis 2020 verabschiedet.***

Die Schweiz hat am 16. Dezember 2016 das Protokoll III zur Erweiterung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf Kroatien ratifiziert. Damit wurde die Voraussetzung erfüllt für eine Teilnahme der Schweiz als vollassoziiertes Mitglied an den EU-Forschungsrahmenprogrammen ab dem 1. Januar 2017. Aus diesem Grund musste die genannte Botschaft nicht verabschiedet werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum weiteren Vorgehen betreffend die Schweizer Beteiligung an den Programmen der EU in den Bereichen Bildung, Berufsbildung und Jugend sowie die internationale Vernetzung der Schweizer Bildung bis 2020 verabschiedet.***

Die Planung im Hinblick auf dieses Ziel wurde dem allgemeinen Stand der Beziehungen Schweiz-EU angepasst. Da das Kroatien-Protokoll erst im Dezember 2016 ratifiziert werden konnte, herrschte Ungewissheit in Bezug auf die Assoziation der Schweiz an das Programm «Erasmus+». In der Folge konnte die Botschaft noch nicht verabschiedet werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Beteiligung der Schweiz an der neuen Forschungsorganisation im Bereich der Astrophysik, Cherenkov Telescope Array (CTA) verabschiedet.***

Das Parlament hat am 13. September 2016 einen Verpflichtungskredit von 8 Millionen Franken für 2017–2020 zugunsten der Beteiligung der Schweiz am Bau des CTA bewilligt. Diese Beteiligung soll im Rahmen eines internationalen Übereinkommens konkretisiert werden, dessen Vorbereitung 2016 nicht abgeschlossen werden konnte, weshalb die Botschaft noch nicht verabschiedet werden konnte.

- ▶ **Der Bundesrat hat einen Entscheid über die Beteiligung der Schweiz am internationalen Verein ELI-DC AISBL (Vorbereitungsgremium für die internationale Forschungsorganisation ELI-ERIC) getroffen.**

Aufgrund von Neuausrichtungen in der Vorbereitungsphase zur neuen internationalen Forschungsorganisation Anfang 2016 konnten bzw. können sich die betroffenen Schweizer Akteure in der Phase beteiligen, ohne dass ein formeller Entscheid des Bundesrates erforderlich war bzw. ist.
- ▶ **Der Bundesrat hat den öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der Stiftung Swiss Innovation Park abgeschlossen (Start des schweizerischen Innovationsparks).**

Der öffentlich-rechtliche Vertrag (Teil Governance) konnte mit der Stiftung bereinigt werden und wurde vom Bundesrat am 21. Dezember 2016 genehmigt.
- ▶ **Die Umwandlung der KTI in eine öffentlich-rechtliche Anstalt wird weitergeführt, namentlich sind die Verordnungen und Reglemente der KTI im Hinblick auf den späteren Erlass und die bundesrätliche Genehmigung erarbeitet.**

Die Umwandlung der KTI in eine öffentlich-rechtliche Anstalt wurde weitergeführt und das Innosuisse-Gesetz wurde, zeitlich gestaffelt, auf den 1. Januar 2017 bzw. 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt. Der Bundesrat hat die Mitglieder des Verwaltungsrats am 9. Dezember 2016 gewählt. Die Verordnung über die Vorbereitung der Betriebsaufnahme der Innosuisse wurde gutgeheissen und auf den 1. Januar 2017 in Kraft gesetzt. Die Verordnungen und Reglemente der künftigen Innosuisse (Schweizerische Agentur für Innovationsförderung) sind in Bearbeitung.
- ▶ **Der Bundesrat hat über die Durchführung neuer Nationaler Forschungsprogramme (NFP) entschieden. Das Prüfverfahren ist angepasst (gegebenenfalls Revision der Forschungs- und Innovationsförderungsverordnung [V-FIFG] und der Verordnung des WBF zur Forschungs- und Innovationsförderungsverordnung [V-FIFG-WBF]).***

Der Entscheid zur Durchführung neuer Nationaler Forschungsprogramme ist erfolgt. Das Prüfverfahren wurde im Rahmen der Teilrevision der V-FIFG sowie des untergeordneten Rechtserlasses V-FIFG-WBF angepasst. Die Rechtstexte sind am 1. November 2016 in Kraft getreten.
- ▶ **Der Bundesrat hat über die allfällige Weiterführung des Masterplan Cleantech entschieden.**

Der Bundesrat hat im April 2016 nach einer Lageanalyse entschieden, den Masterplan nicht länger als eigenständige Strategie weiterzuführen. Aktuell laufende Umsetzungsaufträge werden im Rahmen anderer bestehender Strategien fortgesetzt.
- ▶ **Der Bericht «Verlässliche Entscheidungsgrundlagen für die Arzneimitteltherapie» (in Erfüllung des Postulats SGK-N 14.4007) ist verabschiedet.***

Der Bericht konnte im Jahr 2016 nicht fertig erstellt werden. Der stark ausgeprägte Koordinationsbedarf unter den Bundesstellen und weitergehende Abklärungen nahmen mehr Zeit in Anspruch als ursprünglich vorgesehen.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Änderung der Verordnung zum Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (V-HFKG) verabschiedet.**

Die Änderung der V-HFKG wurde vom Bundesrat am 23. November 2016 verabschiedet. Sie trat am 1. Januar 2017 in Kraft.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Änderung der Verordnung über die Ergänzungsprüfung für die Zulassung von Inhaberinnen und Inhabern eines eidgenössischen Berufsmaturitätszeugnisses zu den universitären Hochschulen und die Änderung der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bundesrat und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) über die Anerkennung von Maturitätszeugnissen verabschiedet.**

Die Änderung der Verordnung und die Änderung der Verwaltungsvereinbarung wurden vom Bundesrat am 9. November 2016 verabschiedet. Beide Änderungen traten am 1. Januar 2017 in Kraft.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Vereinbarung über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz (ZSAV BiZG) verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Zusammenarbeitsvereinbarung am 2. Dezember 2016 verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Inkraftsetzung des Weiterbildungsgesetzes auf den 1. Januar 2017 beschlossen und die entsprechende Verordnung des Bundesrates verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 24. Februar 2016 die Inkraftsetzung des Weiterbildungsgesetzes auf den 1. Januar 2017 beschlossen und die entsprechende Verordnung verabschiedet.
- ▶ **Der Bericht «Staatskundeunterricht auf der Sekundarstufe II» (in Erfüllung des Po. Aubert 13.3751) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht am 29. Juni 2016 verabschiedet.
- ▶ **Der Bericht «Entwicklung innovativer Jungunternehmer» (in Erfüllung des Po. Derder 13.4237) ist verabschiedet.***

Der Bericht konnte im Jahr 2016 nicht fertig erstellt werden. Die Analyse der verschiedenen Aspekte wie öffentliche Unterstützungsprogramme, das steuerliche Umfeld und die regulatorischen Rahmenbedingungen sowie der Handlungsbedarf in einzelnen für die Start-ups relevanten Bereichen nahmen mehr Zeit in Anspruch als geplant.
- ▶ **Die Schweiz hat die Ministerratstagung der europäischen Weltraumorganisation, die Ende 2016 in Luzern stattfindet, organisiert.***

Zum Abschluss ihrer Ko-Präsidentschaft hat die Schweiz am 1. und 2. Dezember 2016 in Luzern die Ministerratstagung der Europäischen Weltraumorganisation ESA organisiert.
- ▶ **Die Schweiz hat das BFI-Aussennetz konsolidiert und verstärkt.**

In Anlehnung an die «Roadmap für die Weiterentwicklung des swissnex Netzwerkes» (2015) wurde die Präsenz in San Francisco mit der Eröffnung der neuen Lokalitäten am Pier 17 ausgebaut, und das Pilotprojekt «swissnex mobile» wurde in Vorbereitung auf die Weltausstellung 2017 in Astana, Kasachstan, lanciert. Ferner trat am 1. Januar 2017 die neu verhandelte Vereinbarung zwischen dem EDA und dem SBFI betreffend die Eingliederung der swissnex und der Wissenschaftsrätinnen und -räte ins Aussennetz des Bundes in Kraft. Schliesslich wurden mehrere Projekte im Bereich der Organisationsentwicklung planmässig umgesetzt.

Ziel 3: Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert ihrer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten

Realisiert

► **Die Aussenwirtschaftsstrategie ist weiterentwickelt.***

Mit dem Schwerpunktkapitel zum Aussenwirtschaftsbericht 2016 legt der Bundesrat dem Parlament aktuelle aussenwirtschaftliche Herausforderungen und Folgerungen für die Aussenwirtschaftsstrategie dar.

► **Die Freihandelspolitik wird durch den Ausbau des Netzes von Freihandelsabkommen und die Weiterentwicklung der bestehenden Abkommen gestärkt.***

Der Bundesrat hat das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den Philippinen Anfang April 2016 sowie dasjenige zwischen den EFTA-Staaten und Georgien Anfang Juni 2016 gutgeheissen. Das Abkommen mit den Philippinen wurde am 28. April 2016 unterzeichnet, jenes mit Georgien anlässlich des EFTA-Ministertreffens vom 27. Juni 2016. Nachdem die Verhandlungen mit Indien nach den indischen Parlamentswahlen von 2014 längere Zeit nicht weitergeführt werden konnten, wurden sie im Oktober 2016 fortgesetzt. Auch die Verhandlungen mit Indonesien wurden 2016 nach einem Unterbruch von rund zwei Jahren wieder aufgenommen. Demgegenüber konnten die Verhandlungen mit Vietnam nicht fortgesetzt werden und die Kontakte beschränkten sich auf Diskussionen auf Chefunterhändlerstufe. Substanzielle Annäherungen der Positionen sind noch erforderlich. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Malaysia sind weiter vorangekommen. Ohne eine Lösung der Palmölfrage wird ein baldiger Verhandlungsabschluss aber kaum zu erreichen sein. Die EFTA-Staaten und Ecuador haben im Juni 2016 Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen lanciert. Die Verhandlungen über die Weiterentwicklung des Freihandelsabkommens EFTA-Türkei konnten nicht fortgesetzt werden. Falls eine Weiterführung weiterhin nicht möglich erscheint, wird ein Abschluss in Teilebereichen angestrebt. Die EFTA-Staaten und Mexiko haben im Januar 2016 Nachverhandlungen über eine umfassende Aktualisierung des bestehenden Freihandelsabkommens offiziell lanciert und bisher zwei Runden durchgeführt. Mit Kanada fand im April 2016 eine erste exploratorische Runde über die mögliche Weiterentwicklung des bestehenden Freihandelsabkommens EFTA-Kanada statt. Zudem einigten sich die EFTA-Staaten und der Mercosur auf die Eckwerte für mögliche künftige Verhandlungen. Mit den USA setzten die EFTA-Staaten ihren handelspolitischen Dialog fort.

► **Das multilaterale Handelssystem ist gestärkt und weiterentwickelt, neue Beschlüsse werden umgesetzt.***

Der Bundesrat hat am 29. Juni 2016 beschlossen, die Erweiterung des plurilateralen Informationstechnologie-Abkommens vorläufig anzuwenden. Die Schweiz hat sich aktiv an den Verhandlungen zu einem plurilateralen Umweltgüterabkommen im Rahmen der WTO beteiligt. Die Verhandlungen konnten 2016 noch nicht abgeschlossen werden und werden 2017 weitergeführt. Der Bundesrat hat mit der Änderung der Ausfuhrbeitragsverordnung vom 11. März 2016 die Ausrichtung von Ausfuhrbeiträgen für Exporte in am wenigsten entwickelte Länder (LDC) aufgehoben. Die verbleibenden Ausfuhrbeiträge müssen gemäss WTO-Beschluss (Nairobi 2015) bis Ende 2020 aufgehoben werden. Die hierzu nötige Gesetzesänderung wurde vom Bundesrat am 30. September 2016 in die Vernehmllassung gegeben.

- ▶ **An den Verhandlungen über ein plurilaterales Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen wird teilgenommen.***

In den seit 2012 laufenden Verhandlungen über ein plurilaterales Abkommen für den Handel mit Dienstleistungen (Trade in Services Agreement, TISA) wurden 2016 weitere Fortschritte erzielt. Die Verhandlungen werden nach Möglichkeit im Jahr 2017 fortgesetzt.

Ziel 4: Die Schweiz stärkt ihr Engagement für die internationale Zusammenarbeit und baut ihre Rolle als Gastland internationaler Organisationen aus

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Schweiz bekräftigt ihren Beitrag zur Bewältigung der Armutssprobleme sowie zur Minderung globaler Risiken und setzt sich für nachhaltiges Wachstum ein, das allen zugutekommt.**

Bei der Bewältigung globaler Risiken sind multilaterale Partner wie die Entwicklungsbanken zentrale Akteure mit Hebelwirkung in der internationalen Zusammenarbeit. 2016 fanden die Verhandlungen der Wiederauffüllung der konzessionellen Fenster der internationalen Entwicklungsorganisation der Weltbank (IDA), des Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfDF) der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) sowie des Asiatischen Entwicklungsfonds (AsDF) der Asiatischen Entwicklungsbank (AsDB), die sich auf die Zusammenarbeit mit den ärmsten Ländern ausrichten, statt.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 und die Gesetzesvorlage über die Weiterführung des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas am 17. Februar 2016 verabschiedet.

- ▶ **Die Position der Schweiz in den multilateralen Institutionen, namentlich in der shareholding review der Weltbank und beim Aufbau der neuen Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB), ist gefestigt.***

Die Weltbank hat am 8. Oktober 2016 eine neue Formel zur Berechnung der Stimmengewichte der Mitgliedsländer verabschiedet (shareholding review). Die Formel setzt sich primär aus der Wirtschaftskraft eines Landes und den finanziellen Beiträgen an die internationalen Entwicklungsorganisationen der Weltbank (IDA) zusammen. Der Bundesrat hatte 2015 entschieden, am Gründungsprozess der AIIB teilzunehmen. Am 25. April 2016 hat die Schweiz die Ratifikationsurkunde hinterlegt und damit den Beitritt zur AIIB formell vollzogen. Dank der raschen Ratifikation konnte die Schweiz von Anfang an am Aufbauprozess der Bank teilnehmen und sich im Bereich Erarbeitung der Grundlagen- und Strategiedokumente proaktiv einbringen. Dabei setzte sich die Schweiz insbesondere dafür ein, dass die AIIB sich im Bereich der erneuerbaren Energien engagiert und in ihren Projekten Massnahmen zum Schutz der Umwelt sowie der betroffenen Bevölkerung einschliesst.

- **Die Kooperationsstrategie der Schweiz für Nordafrika ist zur Kenntnis genommen.***

Die Kooperationsstrategie für Nordafrika 2017–2020 wurde zusammen mit allen betroffenen Bundesstellen (DEZA, SECO, SEM, AMON, AMS) erarbeitet und soll dem Bundesrat in Kürze vorgelegt werden. Sie umfasst das Engagement der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit in Ägypten, Libyen, Tunesien, Algerien und Marokko für den Zeitraum 2017–2020.

Ziel 5: Verbesserung der wohnungspolitischen Entscheidungsgrundlagen

Teilweise realisiert

- **Der wohnungspolitische Dialog mit den Kantonen und Städten ist abgeschlossen und allfällige Anträge sind unterbreitet.**

Der Bericht der Arbeitsgruppe «Wohnungspolitischer Dialog» wurde 2016 abgeschlossen, aber dem Bundesrat noch nicht unterbreitet. Am 18. Oktober 2016 kam die Eidgenössische Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» zustande. Aufgrund des thematischen Zusammenhangs drängte es sich auf, dem Bundesrat den Bericht zeitgleich mit dem Vorgehensentscheid zur Volksinitiative zu unterbreiten, was anfangs 2017 erfolgte.

- **Das Forschungsprogramm des Bundesamtes für Wohnungswesen für die Jahre 2016–2019 ist genehmigt und wird umgesetzt.**

Das Forschungsprogramm wurde am 14. März 2016 genehmigt und die Umsetzung ist im Gang.

Ziel 6: Optimierung des Vollzugs des Zivildienstes

Realisiert

- **Die Revision der Zivildienstverordnung ist durch den Bundesrat gutgeheissen und per 1. Juli 2016 in Kraft gesetzt.**

Die Revision der Zivildienstverordnung trat per 1. Juli 2016 in Kraft.

- **Die Teilrevision der Verordnung über das Informationssystem des Zivildienstes ist durch den Bundesrat gutgeheissen und per 1. Juli 2016 in Kraft gesetzt.**

Die Teilrevision der Verordnung über das Informationssystem des Zivildienstes trat per 1. Juli 2016 in Kraft.

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Ziel 1: Die Schweiz verfügt über ein finanziell solides, ausgebautes und verträgliches Verkehrsinfrastruktursystem

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Organisation der Bahninfrastruktur (OBI) ist verabschiedet.***
Der Bundesrat hat die Botschaft am 16. November 2016 verabschiedet.
- ▶ **Die Botschaft zum Verpflichtungskredit für die Finanzierung des regionalen Personenverkehrs 2018–2020 ist verabschiedet.***
Der Bundesrat hat die Botschaft am 23. November 2016 verabschiedet.
- ▶ **Die Botschaft zur Finanzierung des Betriebs und Substanzerhalts der schweizerischen Eisenbahninfrastruktur (SBB und Privatbahnen) für 2017–2020 ist verabschiedet.***
Der Bundesrat hat die Botschaft am 18. Mai 2016 verabschiedet.
- ▶ **Die Botschaft zur Änderung des Binnenschiffahrtsgesetzes ist verabschiedet.***
Der Bundesrat hat die Botschaft am 29. Juni 2016 verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat eine Aussprache zur Reform des regionalen Personenverkehrs geführt.***
Der Bundesrat hat am 22. Juni 2016 eine Aussprache zur Weiterentwicklung des öffentlichen Regionalverkehrs geführt.
- ▶ **Der Bundesrat hat vom Ergebnis der Verhandlungen mit der EU über einen Beitritt zur Europäischen Eisenbahnagentur (ERA) Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen diskutiert.***
Die EU macht den Beitritt der Schweiz zur ERA vom Abschluss eines institutionellen Abkommens sowie von der Umsetzung der Verfassungsbestimmung zur Zuwendung abhängig. Deshalb hat die EU-Kommission 2016 noch kein Verhandlungsmandat erhalten, und die Gespräche zur ERA konnten somit nicht fortgeführt werden.
- ▶ **Der Bundesrat hat das langfristige Netznutzungskonzept zur Trassenverteilung auf die verschiedenen Verkehrsarten im Schienennverkehr verabschiedet.**
Die Anpassungen der Verordnung über die Konzessionierung, Planung und Finanzierung der Bahninfrastruktur (KPFV) als rechtliche Grundlage zum Netznutzungskonzept haben sich verzögert und wurden erst am 16. November 2016 vom Bundesrat verabschiedet. Infolgedessen konnte das Netznutzungskonzept dem Bundesrat nicht mehr 2016 zur Genehmigung vorgelegt werden.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Verordnungsanpassungen zur Gesamtkonzeption des Schienengüterverkehrs in der Fläche verabschiedet.**
Der Bundesrat hat am 25. Mai 2016 die Totalrevision der Gütertransportverordnung sowie Änderungen in weiteren Verordnungen gutgeheissen und diese zusammen mit dem Gütertransportgesetz auf den 1. Juli 2016 in Kraft gesetzt.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zum internationalen Personenverkehr (Bahn/Bus) (in Erfüllung des Po. KVF-N 14.3673) verabschiedet.**

Das Postulat wurde mangels ausreichender Grundlagendaten zum Anlass genommen, eine umfassende externe Studie über den IST-Zustand des internationalen Personenverkehrs auf Schiene und Strasse in Auftrag zu geben. Die Erarbeitung der Studie hat mehr Zeit in Anspruch genommen als erwartet, weshalb sich auch die Berichterstattung im Rahmen des Postulates verzögert hat.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Anpassung der Tarife der LSVA Kategorien für 2017 in der Schwerverkehrsabgabeverordnung (SVAV) verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 23. September 2016 die Anpassung der Schwerverkehrsabgabeverordnung (SVAV) per 1. Januar 2017 verabschiedet.
- ▶ **Das UVEK-Leitbild Mobilität ist erarbeitet.**

Die Ziele des Leitbilds wurden in mehreren Workshops und an der Departementsklausur vom 18. August 2016 erarbeitet. Die dazu wichtige Abstimmung mit allen UVEK-Ämtern dauerte länger als ursprünglich angenommen, weswegen die Ausarbeitung der darauf basierenden Aktivitäten in Absprache mit allen Beteiligten noch nicht abgeschlossen ist.
- ▶ **Die Perspektiven des schweizerischen Personen- und Güterverkehrs 2040 sind publiziert.**

Die Perspektiven des schweizerischen Personen- und Güterverkehrs 2040 wurden am 30. August 2016 im Rahmen einer gemeinsamen Medienkonferenz der Bundesämter für Raumentwicklung ARE, Strassen ASTRA und Verkehr BAV publiziert.
- ▶ **Das vom Bundesrat bei der Verabschiedung des Konzeptberichts Mobility Principle beschlossene weitere Vorgehen ist umgesetzt.**

Mit Beschluss vom 29. Juni 2016 hat der Bundesrat dem UVEK eine Frist bis zum 30. Juni 2017 gegeben, um mit interessierten Kantonen und Gebieten die Möglichkeit von Pilotprojekten zu prüfen.
- ▶ **Das 9. langfristige Bauprogramm für die Fertigstellung der Nationalstrassen ist durch den Bundesrat genehmigt.**

Mit Beschluss vom 23. März 2016 hat der Bundesrat das 9. Langfristige Bauprogramm für die Fertigstellung der Nationalstrassen im Sinne einer Richtlinie genehmigt.
- ▶ **Vorbehältlich der Zustimmung durch das Stimmvolk wird das generelle Projekt zum zweiten Gotthard-Strassentunnel ohne Kapazitätserweiterung dem Bundesrat unterbreitet.**

Das Stimmvolk hat der Vorlage am 28. Februar 2016 zugestimmt. Das generelle Projekt zum zweiten Gotthard-Strassentunnel ohne Kapazitätserweiterung konnte dem Bundesrat nicht mehr 2016 vorgelegt werden, weil sich die Erarbeitung aufwendiger gestaltete als ursprünglich angenommen.
- ▶ **Das Anhörungsverfahren zu den Vorschlägen zur Verbesserung der Fahrausbildung und Führerprüfung ist durchgeführt.**

Der Start des Vernehmlassungsverfahrens musste infolge erhöhten Aufwandes um drei Monate verschoben werden, so dass er nicht mehr 2016 erfolgen konnte.

- ▶ **Der Bericht zur Überwachung und Zählung der Gefahrenguttransporte auf der Simplon-Passstrasse ist vom ASTRA veröffentlicht.**

Der Bericht zur Überwachung und Zählung der Gefahrenguttransporte auf der Simplon-Passstrasse wurde 2016 auf der Internet-Seite des Bundesamtes für Straßen veröffentlicht.

- ▶ **Der Konzeptbericht zur Effizienzsteigerung im Strassenverkehr ist verabschiedet.**

Der Konzeptbericht liegt im Entwurf vor. Er konnte dem Departement jedoch noch nicht zur Verabschiedung unterbreitet werden, da sich die Arbeiten leicht verzögert haben.

- ▶ **Die spezifischen Normen, die eine bessere Steuerung der Unterhaltskosten auf dem Nationalstrassennetz erlauben, sind erarbeitet.**

Das Normenkonzept zur besseren Steuerung der Unterhaltskosten auf dem Nationalstrassennetz liegt vor.

Ziel 2: Die weltweite Erschliessung der Schweiz auf dem Luftweg, die Rechts- und Planungssicherheit für die Schweizer Landesflughäfen sind gewährleistet

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Anpassung des Objektblattes des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt für den Flughafen Zürich (SIL 2) ist verabschiedet.***

Das Anhörungs- und Mitwirkungsverfahren ist am 27. September 2016 gestartet worden. Die Verabschiedung durch den Bundesrat konnte deshalb nicht mehr 2016 erfolgen.

- ▶ **Die Botschaft zur Teilrevision des Luftfahrtgesetzes ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilrevision 1+ des Luftfahrtgesetzes am 31. August 2016 verabschiedet.

- ▶ **Der Konzeptteil des Sachplans Infrastruktur Luftfahrt für den Flugplatz Dübendorf ist angepasst.**

Der angepasste Konzeptteil des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) wurde am 31. August 2016 vom Bundesrat genehmigt.

- ▶ **Die Koordinationsgespräche für den Sachplan Infrastruktur Luftfahrt für den Flughafen Genf sind abgeschlossen.**

Die erste Phase des Koordinationsverfahrens wurde im Juni 2016 abgeschlossen und das definitive Koordinationsprotokoll am 12. Juli 2016 publiziert.

- ▶ **Die notwendigen gesetzlichen Anpassungen für die Finanzierung der Flugsicherung auf Regionalflugplätzen sind in Kraft.**

Die Umsetzung der notwendigen gesetzlichen Anpassungen ist erfolgt. Der Bundesrat hat am 2. November 2016 die Änderung der Verordnung über den Flugsicherungsdienst verabschiedet. Sie ist seit dem 1. Januar 2017 in Kraft.

- ▶ **Das Ausbildungsunterstützungssystem gemäss Artikel 103a Luftfahrtgesetz (LFG) ist in Betrieb.**

Unterstützungen für Ausbildungen im Bereich der Luftfahrt werden seit Juli 2015 gestützt auf die Verordnung über die Finanzhilfen für Ausbildungen (VFAL, SR 748.03) geleistet. Von den 2016 zur Verfügung stehenden Mitteln wurden Ausbildungsbeiträge an angehende Berufspilotinnen und -piloten sowie Fluglehrerinnen und -lehrer ausgerichtet. Im Bereich Flugzeugtechnikerinnen und -techniker wurden bisher noch keine Subventionen ausgerichtet.

Ziel 3: Die wirtschaftliche, nachhaltige und sichere Energieversorgung der Schweiz ist sichergestellt

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Botschaft zum Stromabkommen mit der EU ist nach Möglichkeit verabschiedet.***

Die Botschaft zum Strom- bzw. Energieabkommen mit der EU konnte noch nicht verabschiedet werden, weil zuerst übergeordnete Lösungen zur Personenfreizügigkeit und zu institutionellen Fragen gefunden werden mussten bzw. müssen.

- ▶ **Die Botschaft zur Strategie Stromnetze ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 13. April 2016 verabschiedet.

- ▶ **Die Revisionen der Energieverordnung (Energieeffizienz, Förderung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien) sind verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 2. Juni 2016 die Revisionen der Energieverordnung und der CO₂-Verordnung betreffend Energieeffizienz verabschiedet. Die Änderungen traten mehrheitlich per 1. August 2016 in Kraft. Am 29. Juni 2016 hat der Bundesrat ausserdem die Revision der Energieverordnung betreffend Förderung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien verabschiedet. Diese Änderungen sind seit dem 1. Januar 2017 in Kraft.

Ziel 4: Die Schweiz trägt zur Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen bei

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Genehmigung des bilateralen Abkommens mit der EU über die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme ist nach Möglichkeit verabschiedet.***

Das Abkommen wurde Anfang 2016 paraphiert. Wann es unterzeichnet werden kann, ist abhängig von der (bis Ende Wintersession offen gebliebenen) Lösung übergeordneter Fragen zur Personenfreizügigkeit. Damit die Verknüpfung anschliessend möglichst rasch umgesetzt werden kann, wurden die dafür notwendigen Gesetzesänderungen in einer Vernehmlassung, die vom 31. August bis 30. November 2016 dauerte, zur Diskussion gestellt.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Revision des CO₂-Gesetzes ist eröffnet.***

Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsverfahren am 31. August 2016 eröffnet. Es dauerte bis zum 30. November 2016.

Ziel 5: **Die Schweiz pflegt eine optimale Raum- und Bodennutzung und sorgt für einen wirksamen Umwelt-, Kulturland- und Naturschutz, insbesondere durch eine bessere Abstimmung von Raumordnung und Infrastrukturen**

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Vernehmlassungsvorlage zum «Aktionsplan der Strategie Biodiversität Schweiz» ist verabschiedet.***

Auf Basis einer Vorkonsultation bei den Kantonen hat der Bundesrat am 18. Mai 2016 Kredite zur Finanzierung von Sofortmassnahmen zur Behebung von Vollzugsdefiziten in den Bereichen Naturschutz und Waldbiodiversität 2017–2020 gesprochen. Die Vernehmlassungsvorlage für Gesetzesänderungen konnte hingegen noch nicht vorgelegt werden, weil vertiefte Abklärungen zur längerfristigen Finanzierung der Massnahmen und zur gesetzgeberischen Umsetzung nicht mehr 2016 abgeschlossen werden konnten.

- ▶ **Die Verordnung über die raumordnungspolitische Koordination der Bundesaufgaben ist angepasst.**

Der Bundesrat hat am 7. September 2016 die Verordnung über die Koordination und Kooperation bei raumrelevanten Bundesaufgaben (KoVo) per 1. November 2016 in Kraft gesetzt. Die neue Verordnung ersetzt die Koordinationsverordnung aus dem Jahr 1997.

- ▶ **Die «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2016–2019» ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2016–2019» am 27. Januar 2016 zusammen mit der Botschaft zur Legislaturplanung 2015–2019 verabschiedet. Darin legt er die mittel- bis langfristigen Schwerpunkte seiner Nachhaltigkeitspolitik fest und zeigt den Beitrag der Schweiz zur «Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung» der Vereinten Nationen auf.

- ▶ **Der Bericht «Umgang der Schweiz mit Naturgefahren» (in Erfüllung des Po. Darbellay 12.4271) ist verabschiedet.**

Der Bericht wurde am 24. August 2016 vom Bundesrat verabschiedet.

- ▶ **Der Bericht «Multifunktionale Nutzung von Nationalstrassen. Entlastung der Landschaft» (in Erfüllung des Po. Rechsteiner 08.3017) ist verabschiedet.**

Im Jahr 2016 wurde der Grundlagenbericht zu den technischen Möglichkeiten der multifunktionalen Nutzung von Nationalstrassen und Bahntrassen erarbeitet. Dieser dient der Fertigstellung des Postulatberichts.

Ziel 6: **Die Politik bezüglich Radio und Fernsehen, Postwesen sowie Informations- und Kommunikationstechnologien ist weiterentwickelt**

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Ergebnisse der Vernehmlassung zur ersten Revisionsetappe des Fernmeldegesetzes (FMG) sind vom Bundesrat zur Kenntnis genommen, und der Auftrag zur Ausarbeitung der Botschaft ist erteilt.***

Der Bundesrat hat am 23. September 2016 von den Ergebnissen der Vernehmlassung zum Fernmeldegesetz (FMG) Kenntnis genommen. Dabei hat er beschlossen, auf ein Vorgehen in zwei Etappen zu verzichten und bis September 2017 eine Botschaft zur Änderung des FMG auszuarbeiten.

► **Der Bericht zur Evaluation des Postgesetzes (PG) ist vom Bundesrat verabschiedet.***

Der Bericht zur Evaluation des Postgesetzes (PG) konnte dem Bundesrat 2016 nicht mehr zur Verabschiedung unterbreitet werden, da sich die Arbeiten leicht verzögert hatten. Der Bericht enthält Vorschläge für Anpassungen des PG resp. seiner Verordnungen. Im Nachgang zur parlamentarischen Debatte zum Evaluationsbericht wird der Bundesrat das weitere Vorgehen festlegen.

► **Die erneuerte «Strategie für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz» ist vom Bundesrat verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 20. April 2016 seine neue Strategie «Digitale Schweiz» verabschiedet. Die Massnahmen der Bundesverwaltung zur Umsetzung dieser Strategie sind im gleichzeitig verabschiedeten Aktionsplan «Digitale Schweiz» aufgeführt.

► **Der Bericht und das Konzept zur Definition des Service public im Medienbereich (in Erfüllung des Po. KVF-S 14.3298) sind vom Bundesrat verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den «Bericht zur Überprüfung der Definition und der Leistungen des Service public der SRG unter Berücksichtigung der privaten elektronischen Medien» am 17. Juni 2016 verabschiedet.

► **Die Revision der Radio- und Fernsehverordnung ist vom Bundesrat verabschiedet und in Kraft gesetzt.***

Die Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung wurde am 25. Mai 2016 vom Bundesrat verabschiedet und trat am 1. Juli 2016 in Kraft.

► **Die Revision der Fernmeldedienstverordnung zur Anpassung der Grundversorgung ist vom Bundesrat verabschiedet.**

Am 2. Dezember 2016 hat der Bundesrat die Revision der Fernmeldedienstverordnung verabschiedet und dabei auch die Ergebnisse aus seinem Bericht in Erfüllung des Postulats Eder (16.3051) berücksichtigt.

► **Die Revision der Postverordnung zur Festlegung von Preisobergrenzen für die reservierten Dienste gemäss Art. 18 Abs. 3 Postgesetz ist vom Bundesrat verabschiedet.**

Der Bundesrat hat auf eine isolierte Revision der Postverordnung verzichtet und stattdessen im Rahmen seines Berichts zur Evaluation des Postgesetzes (PG) verschiedene Aspekte der Preisobergrenzen für die reservierten Dienste zur Diskussion gestellt.

► **Das UVEK setzt sich für eine Verbesserung des Zugangs aller zu IKT-Infrastruktur (insbesondere Breitbandinternet) ein. Der Beitrag zu einer demokratischen, rechtsstaatlichen und partizipativen Internet Gouvernanz ist geleistet und das internationale Genf als Zentrum in diesem Bereich gestärkt.**

Die Schweiz hat sich in diversen Foren für den verbesserten Zugang aller zu IKT-Infrastruktur eingesetzt, insbesondere durch Mitarbeit in der ITU/UNESCO Broadband Commission for Sustainable Development. Durch die Vermittlungstätigkeit des Schweizer Vorsitzes des Regierungsbeirates der ICANN konnte die Internet Gouvernanz weiter gestärkt werden. Zudem konnte die Schweiz den Verbleib des Sekretariats des Internet Governance Forums der Vereinten Nationen in Genf sicherstellen.

